Sommer 2025

Sperre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!

WOHNUNG GEFUNDEN ...

... mit fließend Wasser

Wohnungs-Vielfalt

Für geringe Einkommen ist das Wohnungsangebot armselig!

Arbeits-Vielfalt

Die neue Regierung stellt die Arbeitszeiten in Frage!

Medien-Vielfalt

Das Blättchen für öffentliche Angelegenheiten neu aufgelegt!

Markt versagt – Staat muss handeln!

Zeit für radikal solidarische Wohnungspolitik

Die Krise ist da!

In Münster explodieren die Mieten: Aktuell kostet ein Quadratmeter durchschnittlich 9,85 Euro. Seit 2017 sind die Preise um 36% gestiegen. Für viele wird Wohnen unbezahlbar: 14 von 100 Haushalten geben über die Hälfte ihres Einkommens nur für die Miete aus. In Münster sind über 2000 Menschen ohne sicheren Wohnraum untergebracht – 60 davon leben auf der Straße. Neue Wohnungen? Meist Luxus, den sich viele nicht leisten können.

Der Markt versagt – wir zahlen den Preis

Die aktuelle Wohnungspolitik folgt der Profitlogik – nicht den Bedürfnissen der Menschen. Große Konzerne erwerben ganze Wohnblöcke, lassen die Wohnungen gezielt verfallen und drängen Mieterinnen aus ihren Häusern – mit dem Ziel, Platz für teure Luxuswohnungen zu schaffen. Die Mieter*innen zahlen den Preis: feuchte Wände, defekte Heizungen, ständige Räumungsangst.

Linke Lösungen: Eine Stadt, in der niemand zurückgelassen wird

Es muss endlich gelingen, die Mieten spürbar und dauerhaft zu senken. Ein bundesweiter Mietendeckel kann hier einen entscheidenden Schritt bedeuten, um die Preisexplosion aufzuhalten. Dabei gilt es, Schlupflöcher konsequent zu schließen und Wuchermieten klar zu bestrafen.

Zugleich braucht es deutlich mehr Sozialwohnungen – und zwar dauerhaft. Neue Wohnungen müssen von Anfang an bezahlbar sein, bestehende Sozialwohnungen dürfen nicht aus der Bindung fallen und sollen langfristig einkommensschwachen Haushalten erhalten bleiben. Die zunehmende Verdrängung aus städtischen Vierteln muss gestoppt werden. Weder Zwangsräumungen noch Luxus-Sanierungen haben in einer solidarischen Stadtgesellschaft Platz – es braucht Schutz vor Spekulation und sozialer Ausgrenzung. Schließlich gehört die Wohnungspolitik in öffentliche Hand. In Münster muss die städtische Wohn+Stadtbau massiv gestärkt werden, um neuen, günstigen Wohnraum zu schaffen. Grundstücke dürfen nicht länger an private Investoren verkauft werden, sondern müssen gemeinwohlorientiert genutzt werden. Münster darf sich nicht verkaufen!

Ein Münster für alle!

Stell dir vor: Niemand muss mehr zwischen Heizen und Essen entscheiden. Jede*r hat ein sicheres Zuhause, in lebendigen Vierteln voller Natur, Gemeinschaft und Zusammenhalt. Wohnen für alle – nicht nur für die, die es sich leisten können. Dieser Kampf lohnt sich! Gemeinsam können wir eine Stadt gestalten, in der soziale Gerechtigkeit keine Utopie bleibt – sondern Wirklichkeit wird!

Die Linke

Ratsfraktion Münster

die-linke-muenster.de/ratsfraktion

Hans Römer Santaella

Wohnen ist Menschenrecht

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eine den eigenen Bedürfnissen angemessene, bezahlbare Wohnung zur Miete zu finden (und zu behalten), wird für immer mehr Menschen hierzulande zu einer existenziellen Herausforderung. Zwar gewährt das Grundgesetz der BRD kein ausdrückliches, individuelles Recht auf Wohnraum, aber dass sich ein solches aus der in Artikel 1 GG beschworenen „Menschenwürde“ sowie dem hieran anschließenden Sozialstaatsprinzip im Grunde zwingend ergibt, dürfte indes außer Frage stehen. Dass das Jobcenter auch zur Wohnsituation seiner „Kundschaft“ eine ganz eigene Meinung vertritt, davon berichten wir in dieser Ausgabe. Und ebenfalls darüber, wie sich die Lage in den verschiedenen Stadtvierteln darstellt.

Dass Studierende in Münster neuerdings wieder vermehrt auf Sofas übernachten, ist eine der unerwünschten Trends der neuen Generation. Das hat deutlich weniger mit gesteigerter Feierlaune zu tun, als mit der schlichten Tatsache, dass es an Wohnmöglichkeiten fehlt. Aber auch viele ältere Menschen sind mit Schwierigkeiten konfrontiert, um ein leeres bezahlbares Zimmer in einem Wohnheim zu finden. Manchen von ihnen fällt es immer schwerer, die Wohnung aufgrund der gestiegenen Kosten zu behalten. Alleinerziehende und die Berufstätigen der „beliebten“ Systemrelevanz, die schon nach der Corona-Krise direkt vergessen wurden, haben keine Priorität, wenn es um Wohnungssuche geht. Pflege- und Gesundheitspersonal – darunter auch viele Migranten – fehlen nicht nur in den Praxen, es fehlt ihnen auch eine Wohnung für den Feierabend.

Dass ausgerechnet ein Grundbedürfnis des Menschen in einem sozial geprägten Land nicht gedeckt ist, war schließlich auch Thema bei einem Sozialkongress in Kinderhaus im April diesen Jahres, zu dem die SPD verschiedene lokalpolitische Akteure eingeladen hatte. Dort wurde schnell klar, dass die Menschen sich weniger dafür interessieren, ob die Wohnung Nord- oder Südlicht bekommt und ob sie einen Balkon oder einen Garten hat. Es geht schlicht darum einen Platz zu finden, an dem ihre Kinder ungestört ihre Hausaufgaben machen können.

Foto: Agneta Becker

Nicht zuletzt ist Wohnungspolitik immer auch Klimapolitik. Solange immer mehr Menschen gezwungen sind, täglich immer weitere Wege zur Arbeitsstelle auf sich zu nehmen, weil die steigenden Mietpreise sie immer weiter in städtische Randgebiete abschieben, hilft auf Dauer auch die potenteste Wärmepumpe nichts. Am wenigsten im Sommer, wenn die Rechnung für die Warm-Miete des Winters kommt.

Viel Spaß beim Lesen wünscht
Hans G. F. Römer Santaella

ANZEIGE

In guten, wie in schlechten Zeiten...

Mit unserem Spendenwerk unterstützen wir die Vereine und Organisationen in unserer Region. Machen Sie mit.

So funktioniert's:

- ✓ Projekt einstellen.
- ✓ Spenden sammeln.
- ✓ Idee verwirklichen.

MS

Alles Infos & Anmeldung:
www.spendenwerk-ms.de

Stadtwerke Münster

– ANZEIGE –

STADT MÜNSTER

awm
alle wirken mit!

„IST DOCH NUR ´NE KIPPE!“

Und was ist deine Ausrede?

Eine falsch entsorgte Kippe vergiftet bis zu 1.000 Liter Wasser.
So handelst du richtig: **awm.muenster.de/keineausreden**

Foto: Agneta Becker

12 Die neue Grundsicherung

Der Bundestagswahlkampf kannte gefühlt nur ein Thema: Das Bürgergeld, welches lediglich der Faulheit diene, nicht der Arbeitsleistung. Die neue Bundesregierung hat jetzt die Lösung: Zurück zum alten Hartz-IV-System!

19 Wider die Kriegsertüchtigung

Der Autor Ole Nymoen hat einen Bestseller geschrieben. Er will nicht zur Waffe greifen, wenn der Staat danach rufen wird. Nicht aus Gewissensgründen, sondern weil er meint, die besseren Argumente zu haben.

Mitra Behdadi

23 Die Jugend wird erneut ausgesperrt

Unter Corona hatten Jugendliche besonders zu leiden. Viele gucken düster in die Zukunft. Eine wichtige Jugendeinrichtung stellt die Stadt nun ins mögliche Aus.

INTRO

3 Editorial

TITEL

6 Bürgergeld verursacht Wohnungsnot
Ist der Geldbeutel schmal, sind die Zimmer eng

8 Genossenschaftliches Wohnprojekt
„Die Drubbels“ stellen sich vor

10 Der neue Bremer Platz
Der Bahnhof Freiluft Hinterhof ist jetzt für alle da

11 Notfallplan Sanierung
Auch Großwohnhäuser kommen in die Jahre

ARBEIT & SOZIALES

12 Hartz IV reloaded

14 Arbeitszeitmodelle
Die vier Tage Woche und der 8+ Stundentag

KOLUMNE

16 Zwei Päpste
Leo XIV. ist politischer als Franziskus

LESEZEIT

18 Friedensgedicht
Die Lyrik und der Wunsch nach Frieden

19 Für mein Land - Danke Nein

20 Westfalen Jubiläum
Der ländliche Landstrich hat eine eigene Geschichte

MÜNSTER

21 Erlebnis Rad Touren
Der Verein Vamos sorgt für Bewegung an der frischen Luft

23 Die JAZ-Jugendwerkstatt steht vor dem Aus

25 Kulturkampf
Straßenumbenennungen spalten die Stadtgesellschaft

27 Das bunte Münster
Das Blättchen für öffentliche Angelegenheiten ist wieder da

NICHT SPERRIG

28 KURZNACHRICHTEN & URTEILE

31 IMPRESSUM

IN EIGENER SACHE:

Liebe Frauen,

wir laden Euch ein zum Kaffeekränzchen ins **Malta**. Immer am 1. Donnerstag im Monat von 15 bis 17 Uhr findet bei uns ein Frauennachmittag statt. Es gibt Kaffee und Kuchen. Alle Frauen sind herzlich eingeladen, egal welchen Alters. Wir wollen uns begegnen und gute Gespräche führen. Wir freuen uns auf euch!
Lena, Birgit, Eva und Hannah

MALTA –
Münsters **A**rbeitslosentreff **A**chtermannstraße
Achtermannstr. 10-12 (im Hof des cuba)
Tel. MS-4140553
Mail: malta@maltanetz.de

Foto: Agneta Becker

Foto: Agneta Becker

Sorgen um die Wohnung

Bürgergeld-Bezieher:Innen in unsicheren Wohnverhältnissen

Von Regina Ioffe

Langzeitarbeitslosigkeit und damit verbundene Armut sind stressig. Eine wichtige, existenzielle Sorge ist die Sorge um die Wohnung. Seit Jahren sind die Wohnungsmärkte insbesondere in Ballungsgebieten angespannt, es ist kaum möglich eine günstige Wohnung zu finden. Zwar übernimmt das Job-Center im Rahmen des Bürgergeldes grundsätzlich die Kosten der Unterkunft, aber nur im "angemessenen" Rahmen. Steigt die Miete höher, dann übernimmt das Jobcenter die Wohnkosten spätestens nach einem halben Jahr nicht mehr vollständig. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) hat die Wohnungslage für Menschen mit Bürgergeld untersucht.

Das IAB fragte in der Online-Personenbefragung „Arbeiten und Leben in Deutschland" (IAB-OPAL, Welle 3) im Jahr 2024 unter anderem: „Machen Sie sich Sorgen, ihre aktuelle Wohnung zu verlieren?". Während nur 21 Prozent der Befragten ohne Bürgergeldbezug sich Sorgen darum machten („große Sorgen" oder „etwas Sorgen"), hatte im Bürgergeldbezug mehr als jeder zweite solche Sorgen. Diejenigen, die zur Zeit noch "angemessene" Unterkunftskosten hatten, machten sich zu 51 Prozent Sorgen. Lagen die Mietkosten bereits über der Grenze des Jobcenters, dann bereitete die Lage 70 Prozent der Betroffenen Sorgen, dass sie ihre Wohnung verlieren.

Das Thema „Wohnen" nehmen Bürgergeldempfänger sehr wichtig, auch bei Gesprächen um Arbeitsvermittlung im Jobcenter. So nannten 2024 fast ¾ der befragten Jobcenter-Mitarbeiter das Problemfeld „Wohnsituation im Allgemeinen" als sehr häufiges oder häufiges Thema in ihren Kundengesprächen, und das Problemfeld „Kosten der Unterkunft" nannten 53 Prozent der befragten Mitarbeiter.

Zum Leben zu wenig

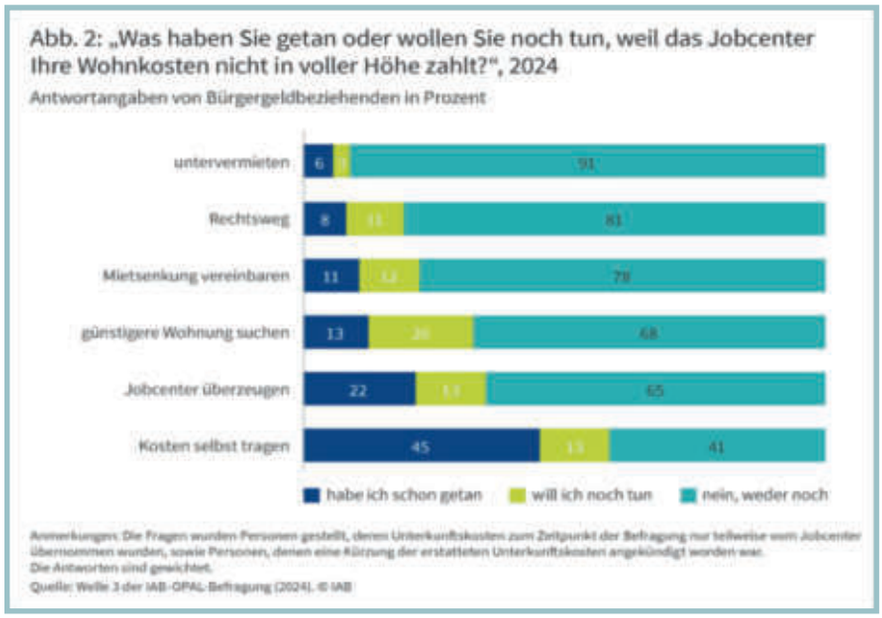
Interessant sind die Befragungsergebnisse darüber, was Bürgergeldempfänger schon unternommen haben oder unternehmen werden, wenn ihr Jobcenter die Mietkosten nicht mehr komplett bezahlt.

Sechs Prozent der betroffenen Leistungsbezieher bieten ihre Wohnung zur Untermiete an, weitere drei Prozent planen das. Elf Prozent der Mieter ist es gelungen, mit dem

Vermieter eine Mietsenkung zu vereinbaren, weitere zwei Prozent der Befragten wollen dies tun.

Acht Prozent der Bürgergeldempfänger gingen rechtlich gegen die Entscheidung ihres Jobcenters vor, weitere elf Prozent planen diesen Weg. 22 Prozent konnten das Jobcenter ohne Gerichtsweg von der vollständigen Kostenübernahme ihrer Wohnung überzeugen, weitere dreizehn Prozent hofften auf solche Gespräche. Dreizehn Prozent der befragten Leistungsbezieher suchten nach einer preiswerteren Wohnung, was allerdings in der Realität Jahre dauern kann.

Krass ist jedoch, dass die meisten Betroffenen ihre Wohnung mit einem Verzicht aus dem Lebensunterhalt retteten: Sie bezahlten den nicht übernommenen Mietkostenanteil selber aus ihrem Regelsatz oder aus einem Hinzuverdienst (45 Prozent der Befragten) oder sie planten dies (dreizehn Prozent).



Informationen und Schaubilder aus Bähr, Sebastian; Mense, Andreas; Wolf, Katja (2025): Kosten der Unterkunft im Bürgergeld: Erste Befunde zur „Karenzzeit Wohnen" zeigen bestenfalls ein gemischtes Bild, In: IAB-Forum 3. April 2025, https://www.iab-forum.de/kosten-der-unterkunft-im-buergergeld-erste-befunde-zur-karenzzeit-wohnen-zeigen-bestenfalls-ein-gemischtes-bild/, Abrufdatum: 8. 4. 2025 ■

Faire Miete statt Rendite

Ein Mietshaus in Münster entsteht

Von Christoph Cramer

Foto: Christoph Cramer

Ein gemeinschaftlich organisiertes und solidarisch finanziertes Wohnprojekt der neu gegründeten Drubbel Wohnen Genossenschaft wird vorgestellt.

Wer träumt nicht von einer schönen bezahlbaren Wohnung in Münster, nicht zu weit weg von der Innenstadt, trotzdem im Grünen, nahe zum Kanal, mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, nette Nachbarn, Garten? Hmmm - gibts nicht? Dachte ich auch. Und dann traf ich Menschen, die genau das umsetzen. Bei uns in der Stadt!

Sie nennen sich selbst die Drubbels (im Sinne von eng beieinander / Schulter an Schulter) und haben vor einigen Jahren angefangen, sich mit der Idee vom gemeinschaftlichen, generationsübergreifenden Wohnen auseinander zu setzen. Die Gruppe ist in vielerlei Hinsicht bunt gemischt: Alter, Beruf, sozialer und finanzieller Hintergrund – einmal quer durch den Garten, wie es so schön heißt. Eins haben sie alle gemeinsam: Es ist ihr erster Hausbau!

Die Drubbels werden selbst Mieter

Hervorzuheben ist vor allem: Die Drubbels bauen, um später selbst Mieter:Innen zu sein, denn das Haus soll langfristig dem spekulativen Kapitalmarkt mit seiner von Profit und nach Rendite strebenden Gier entzogen sein, weil nur so langfristig günstige Mieten garantiert werden können.

Im Frühjahr 2023 haben sie sich mit einem Konzept auf ein städtisches Grundstück beworben und den Zuschlag erhalten. Am Rainer-Plein-Weg 2, zwischen Hohem Heckenweg und Schleuse dürfen sie ein viergeschossiges Mehrfamilienhaus für rund 45 Menschen bauen. Das Haus wird in Holzrahmenbauweise errichtet werden, hochgedämmt, (kfw 40+), qualifizierter Neubau nach ökologisch, nachhaltigen Kriterien. Es wird 22 Wohnungen haben, vom 40m²-Single-Appartment bis zur 100m² großen Familien-Wohnung. Darüber hinaus wird es viel gemeinschaftlich nutzbare Fläche geben, Kinder-Tobe-Raum, Fahrradwerkstatt, Musizier-Zimmer. Waschküche (mit Cafe), Gemeinschaftsräume. Es wird auch eine Küche für Alle geben, wo täglich gekocht und gemeinsam mit Nachbar-, Freund- und Unterstützer*innen gegessen werden soll. Und nicht zuletzt ein sogenannter Infrastruktur-Raum, der für die Menschen im Viertel nutzbar sein wird. Yoga, Versammlungen, Nachbarschaftstreff ... vieles wird möglich. Zudem wird das Haus von einem rund 1000m² Garten umgeben sein.

Bauen ohne Haken!?!

Bei dieser Aufzählung von „da will ich auch wohnen“ frage ich mich unwillkürlich, wo „der Haken“ ist. Gibt es einen? Nun nicht wirklich, außer dass es sehr, sehr viel Arbeit ist, neben dem individuellen Alltag, also ehrenamtlich, den Bau und die Finanzierung dieses Hauses zu organisieren. Die derzeit rund 30 Erwachsenen (mit 10 Kindern) treffen sich seit über zwei Jahren regelmäßig mehrmals pro Woche, um in unterschiedlicher Zusammensetzung ihr Vorhaben voranzutreiben. Alle anfallenden Aufgaben sind verteilt auf fünf Arbeitsgruppen (Bau, Finanzen, Rechtsform, Gemein-

schaft, Kommunikation). Dazu kommen Koordinierungs-Treffen und alle 14 Tage das Gruppen-Plenum.

Um dieses Projekt mit einem Gesamtvolumen von rund 6,5 Mio. Euro zu stemmen, haben sie eine Genossenschaft gegründet, die „Drubbel-Wohnen eG“. Das für den Hausbau benötigte Geld bekommen sie überwiegend (4,5 Mio.) aus Fördertöpfen von der NRW Bank und als Kredit durch die GLS Bank. Geringe Zinsen und lange Tilgungszeiten ermöglichen eine stabile Finanzierung. Die verbleibenden zwei Millionen müssen sie in Form von sogenanntem Eigenkapital selbst aufbringen. Und da sind die Drubbels auf einem erfolgsversprechenden Weg. Etwas mehr als eine Million haben sie schon zusammen. Die restliche Summe wollen sie über die selbstinitiierte Kampagne „1.000 von tausend“ einwerben. Die Idee ist so einfach wie genial: 1.000,- Euro als Klein-Kredit geliehen von insgesamt Eintausend Menschen und schon ist die Summe zusammen!

Pfiffige Finanzierung

Wer mitmachen will, kann entweder einen Kredit geben oder als investierender Genosse bzw. Genossin einsteigen. Die beiden Beteiligungsmöglichkeiten unterscheiden sich durch die unterschiedlichen Laufzeiten und die Verzinsung. Beim Kredit ist eine lange Laufzeit wichtig, damit die finanzierende Bank (GLS) diesen Kredit als Eigenkapital anerkennt. Daher gibt es für diese Anlageform auch Zinsen. Gezeichnete Genossenschaftsanteile als investierendes Mitglied hingegen unterliegen einer Kündigungsfrist von nur 2 Jahren. Somit besteht die Möglichkeit schnell wieder an sein Geld zu kommen. Dafür gibt es Rederecht auf den Genossenschaftsversammlungen. Aber eben keine Zinsen. Ohnehin geht es, wenn überhaupt um einen Zinssatz, der sich im Bereich zwischen 0 und maximal zwei Prozent bewegt. Denn es bleibt und ist ein ideelles Investment.

Vor allem ist es bürgerschaftliches Engagement. Der Staat, das Land und auch die Kommune drücken sich seit Jahrzehnten vor der Verantwortung von Investitionen in dauerhaft bezahlbaren Wohnraum, vor allem in ausreichender Menge.

Ohne die Initiative von den Drubbels (und anderen) sähe es noch viel schlimmer aus. Und die Drubbels sagen: „Das ist unser erstes Haus. Wenn wir 2027 eingezogen sein werden, werden wir direkt „Haus Zwei“ in Angriff nehmen! Das ganze Projekt hat Modellcharakter, das sollten wir alle unterstützen.“

Wer die Drubbels gerne persönlich kennenlernen möchte, ist herzlich eingeladen am zweiten Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr zum Stammtisch für Interessierte und Unterstützende ins „Hier & Jetzt» an der Bismarckallee zu kommen. Oder zu einer der anderen Veranstaltungen, die auf www.drubbel-wohnen.de/events/ zu finden sind.

Infos: www.1000vontausend.de ■

Christoph Cramer ist Mitarbeiter bei: cuba - Beratungsstelle Arbeit

Platz für Artikel 1

Münster hat dem Grundgesetz zu seinem 75. Geburtstag 2024 jetzt verspätet den Bremer Platz geschenkt.

Von Jan Rinke

Immi's Kaffeebar

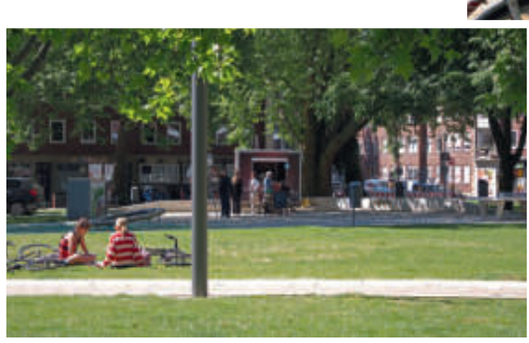
Der vielzitierte Auftakt des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar" verlangt immer neue Umsetzungen. Hinter dem Hauptbahnhof wurde daraus ein Stadtraum, für den die Stadt Münster stolze 3.6 Mio. Euro ausgegeben hat. Durch seine Neugestaltung ist der Bremer Platz nach einem umfangreichen Werkstatt-Verfahren zu dem geworden, was der Entwurfstitel des Planungsbüros Brandenfels formuliert hatte: ein „Platz für alle".

Was auf den Bremer Platz gemünzt reichlich Gruppen meint: Der Platz soll Anforderungen der Hansaviertelbewohner, Hotelgäste, Sicherheitsdienste und Sozialarbeiter*innen, gestrandeten Bahnreisenden, verschiedener Passant*innen zu jeder Tages- und Nachtzeit sowie Schulkindern der angrenzenden Montressori-Schule berücksichtigen und bewusst auch die der Suchtkranken. Die Menge der Interessen zeichnet ein Abbild unserer Gesellschaft in widersprüchlicher Vielfalt, wobei die Platzgestaltung auch Menschen adressiert, die bisher vertrieben, vielen gar nicht als Teil der Gesellschaft gelten, wodurch die Szene aber nicht verschwindet, sondern anderswo als Problem auftaucht. Das Spiel startet nach der Umgestaltung neu und erschwert die Sozialarbeit. In der vor einem Jahr eingeweihten Neugestaltung hat die Szene einen definierten Ort bekommen, der die Gescheiterten damit als die ernst nimmt, was sie sind: Menschen in der Stadtgesellschaft, für die der große erste Satz unsere Verfassung genauso gilt wie für alle anderen Menschen auch.

Ein Platz für alle Grupen der Gesellschaft

Am nördlichen Ende des Platzes haben sie einen klar definierten und doch offenen Ort bekommen, indem der umschließende Lamellenzaun einen gewissen Sichtschutz bietet und doch Einblicke ermöglicht. Angsterzeugende Versteckmöglichkeiten, wie sie die alte Pergola Gestaltung enthielt, wurden beseitigt. Die offene Gestaltung macht den Bremer Platz komplett überschaubar. Der Platz wirkt deutlich weiter und lädt mit vielen Sitzgelegenheiten zum Verweilen ein. Münster präsentiert sich nun am Hintereingang des Hauptbahnhofs von seiner besten Seite: als Stadt, die alle Menschen in ihrer garantierten Würde ernst nimmt, nicht verdrängt und nicht versteckt.

Natürlich hat die Neugestaltung nicht alle Konflikte lösen können. Diese Selbstüberschätzung haben Architektur- und Städtebaudiskurs vor mehr als 50 Jahren aufgegeben. Zum Teil haben sich Probleme sogar verschärft, weil die unwürdigen Situationen im Allgemeinen Menschen aus anderen Städten angezogen haben. Daher wird nach dem Werkstadt Prozess im Vorfeld der Umgestaltung weiter ein kontinuierlicher Dialog verschiedener Interessengruppen fortgeführt. Aus den Verbesserungen der Gestaltung wird angemessene Sozialarbeit abgeleitet werden. Als Ort, der nicht nur in der Vielfalt seiner Menschen unserer offenen Gesellschaft Raum gibt. Auch den nötigen Verständigungen in Konflikten darf der Bremer Platz seit dem Grundgesetzjubiläum 2024 als Bild der offenen Demokratie gelten. Die mutige Investition hat sich gelohnt und ist einen Besuch wert. ■



Der neue Bremer Platz: Offene Gestaltung mit zahlreichen Sitzgelegenheiten
Fotos: Agneta Becker

Sanierungsstau
in Münster muss behoben werden

Von Thomas Kollmann

Die städtische Tochter Wohn+Stadtbau saniert aktuell den großen Wohnblock in Kinderhaus-Brüningheide in der Josef-Beckmann-Straße. Es handelt sich um knapp 200 Wohneinheiten, die mehr als 50 Jahre alt sind.

Foto: Thomas Kollmann

Vorgesehen ist in vier Bauabschnitten eine Komplettsanierung. Das heißt, Dämmung und Erneuerung der schwarzen Fassade, Erneuerung der Fenster und der Hauseingänge, die Neugestaltung der Balkone und Loggien, Dachdämmung, Dämmung der Kellerdecke. Zudem die Neugestaltung der Außenanlagen. Des Weiteren vorgesehen ist der Austausch der Heizungsanlagen verbunden mit dem Einbau von Wärmepumpen.

Das Kostenvolumen liegt insgesamt bei rund 20 Millionen Euro. Die Energieeffizienz wird sich von F auf A verbessern, so dass die Mietnebenkosten deutlich sinken werden, während die Grundmieten moderat erhöht werden. Dieses Beispiel zeigt ähnlich wie bei den Münsterländer Vermieter Sahle Wohnen, dass vieles möglich ist, es aber auch für betroffene Mietparteien möglich gemacht werden muss.

Beim Projekt Global Nachhaltige Kommune hat die Rathauskoalition auf Anregung der SPD deshalb den wichtigen Passus aufgenommen, dass es in Münster nicht nur um neue Modellquartiere gehen soll, sondern gerade auch die sanierungsbedürftigen Großsiedlungen im Bestand bau- und energietechnisch saniert werden müssen. *(Anmerkung der Redaktion: Thomas Kollmann ist SPD-Ratsherr der Stadt Münster.)* Denn hier gibt es erhebliche Bedarfe: In Berg Fidel hat ein Großeigentümer aus Kostengründen grundlegende notwendige Sanierungsschritte zurückgestellt. In Kinderhaus ist gut die Hälfte des Wohngebiets im Stadtteil (über 500 Wohnungen) weiterhin höchst sanierungsbedürftig. Zwar wird Kleinteiliges ausgeführt, aber bei manchem Großeigentümer lassen größere Schritte auf sich warten.

Vielleicht hilft das oben beschriebene Beispiel als Vorbild und Anreiz. Notwendig ist es: Im Stadtteil Coerde sind Insolvenzen angemeldet worden und ganze Gebäudeblöcke werden nur dank Unterstützung der Stadt Münster überhaupt halbwegs bewohnbar gehalten. Leidtragende sind die Mieter*innen, die die hohen Nebenkosten tragen müssen und in deren Wohnungen oft Schimmelbildungen und weitere Missstände und Reparaturbedarfe auffällig sind.

Gastautor Thomas Kollmann ist Leiter des Begegnungszentrum Kinderhaus

Immerhin können nun auch in Berg Fidel analog zu Kinderhaus bei Bedarf kostenlose Mieterberatungsscheine ausgegeben werden. Gleichwohl bleibt es eine gesamtstädtische Aufgabe, in den Hochhäusern die Schwächsten unserer Gesellschaft zu schützen und für menschenwürdiges Wohnen zu sorgen.

Andere Städte beweisen, dass mit Förderung aus Bund und Land auch Re-Kommunalisierungen möglich sind. Dazu zum Schluss ein Literaturtipp:

Bernd Imgrund:
1211 Wohnungen – Wie Chorweiler vor den Heuschrecken gerettet wurde;
Greven; Greven Verlag 2023;
120 Seiten; 16 Euro;
ISBN 978-3774309661;
leider nicht in der Stadtbücherei ausleihbar.

(Nebenbei: Auf dem Sprickmannplatz in Kinderhaus steht eine Heuschreckenskulptur.) ■

Die Uhr zurückgestellt

Die neue Grundsicherung für Arbeitsuchende wird eine „Winterzeit“ in der Arbeitslosenpolitik einläuten

Von Norbert Attermeyer

Die neue Bundesregierung hat sich vorgenommen bei dem Thema Arbeit und Soziales kräftig zurückzurudern – hin zu Zeiten, die eigentlich schon längst überwunden schienen. Die neue „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, die das gerade erst eingeführte Bürgergeld wieder ablösen soll, verheißt nichts Gutes.

Dass es sich dabei nicht nur um eine reine Namensänderung handeln wird, lassen die Ausführungen im neuen Koalitionsvertrag erahnen. Da heißt es beispielsweise: „Für Menschen, die arbeiten können, soll der Vermittlungsvorrang gelten.“ Und weiter: „Bei Menschen, die arbeiten können und wiederholt eine zumutbare Arbeit verweigern, wird ein vollständiger Leistungsentzug vorgenommen.“ Der bisherige im Bürgergeld geltende Vorrang von Weiterbildung und Qualifikation soll für jeden Arbeitsfähigen somit abgeschafft werden. Stattdessen hat die Sofortvermittlung um jeden Preis wieder Vorrang. Und zumutbar ist nahezu jede Arbeit, zu der jemand körperlich oder geistig in der Lage ist. Sollten betroffene Arbeitslose sich nicht kooperationswillig zeigen, können die Leistungen in Zukunft auch ganz entzogen werden.

Was wiederum verfassungswidrig wäre. Denn Deutschland ist gemäß Artikel 20 des Grundgesetzes ein Sozialstaat. Und es steht der Regierung nicht zu, Menschen auszuhungern, um sie so in irgendeine Arbeit zu pressen.

Die Richtung ist klar: Aus Bürgergeld will die neue Regierung wieder das längst tot geglaubte Hartz IV machen, und dies mit allen vorhersehbaren Folgen für die Betroffenen.

Sie sorgen bis weit in die Mittelschicht hinein für Zukunftsangst und Unsicherheit

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtverbandes Dr. Joachim Rock sieht die „neue Grundsicherung“ kritisch: „Das verstärkt Armut, fördert Ressentiments und ist außerdem das Gegenteil von dem, was wir brauchen.“ Verschärfte Sanktionen helfen niemanden aus der Armut. Im Gegenteil, so der Verbandschef: „Sie belasten Familien und sorgen bis weit in die Mittelschicht hinein für Zukunftsangst und Unsicherheit.“

Das ist Zukunftsangst und Unsicherheit als sozialpolitisches Versprechen. Dabei galt Hartz IV in Fachkreisen schon längst als ein gescheitertes Sozialexperiment. Wobei es bei der Einführung vor zwanzig Jahren doch so logisch klang: Arbeitslose müssen nur genug Druck bekommen, um irgend-

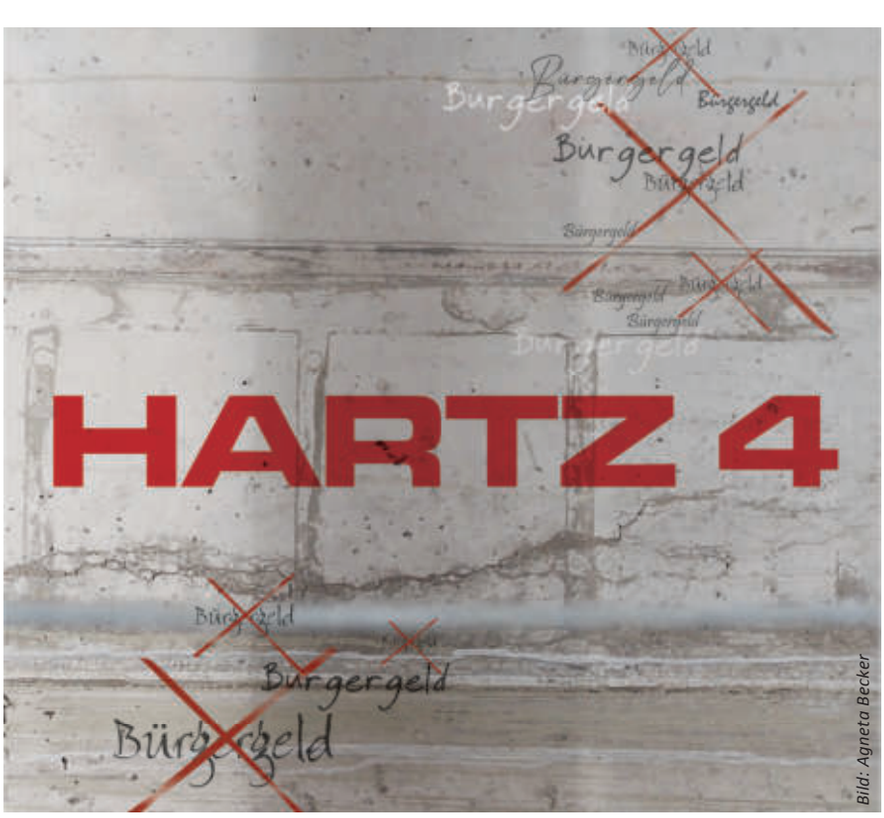


Bild: Agneta Becker

eine Arbeit anzunehmen und schon kann die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden. „Fördern und Fordern“ eben. Wobei sich das Fördern im Wesentlichen in der Schaffung von 1-Euro-Jobs erschöpfte.

In dieser Sichtweise, die dem Neoliberalismus entspringt, ist Arbeitslosigkeit immer freiwillig und somit selbst verschuldet. Wer keine Arbeit hat, muss nur bereit sein, für weniger Geld zu arbeiten, dann findet er auch einen Job. Also runter mit den Regelsätzen und die Zumutbarkeitsregeln verschärfen. Hartz IV eben, so wie es seit 2005 angewandt wurde, und wie es aus heutiger Sicht gescheitert ist. Denn der Anteil der Langzeitarbeitslosen verharrt auf einem hohen Niveau, und die Armutsgefährdungsquote ist seit 2005 deutlich gestiegen. Mit Billigjobs ist eben kein (Sozial)staat zu machen.

Arbeitslosigkeit entsteht nicht auf dem Arbeitsmarkt sondern auf den Waren- und Gütermärkten

Der Chefökonom von Verdi Dierk Hirschel geht in seiner Kritik an Hartz IV noch einen Schritt weiter: “Arbeitslosigkeit ist kein Problem zu hoher Löhne, sondern zu geringer Nachfrage.“ So der Ökonom in einer Ausführung zu diesem Thema. Spätestens seit John Maynard Keynes[1)] wissen wir, dass Arbeitslosigkeit nicht auf dem Arbeitsmarkt, sondern auf den Waren- und Gütermärkten entsteht. Arbeitslosigkeit ist eine Krisenerscheinung des kapitalistischen Systems. Da hilft nur wirtschaftspolitisches Krisenmanagement. Was aber gar nicht hilft, ist hierfür den Arbeitslosen die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Zur Erinnerung: Es gab einmal eine große Errungenschaft des Sozialstaates, nämlich die Einführung der Arbeitslosenversicherung. In den besten Zeiten gab es hier ein hohes Arbeitslosengeld bei einer langen Bezugsdauer, verbunden mit einem hohen Qualifikationsschutz. Dies alles sollte sozialpolitisch die schwächere Verhandlungsposition der Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt stärken.

Aber das ist schon lange Schnee von gestern. Wer heute seinen Job verliert, dem droht nach einem Jahr der „Sturz in den Armutskeller“, so Hirschel in seiner Stellungnahme.

Es ist sehr schwer das Hartz IV - System wieder zu verlassen

Nun soll dieser „Armutskeller“ wieder die Antwort auf die heutigen sozialpolitischen Herausforderungen sein. Wobei die Erkenntnisse aus jahrelangem Hartz IV schlicht geleugnet werden. Denn es ist sehr schwer das System wieder zu verlassen. Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) sind viele kurzfristig Vermittelte spätestens nach einem Jahr wieder in Hartz IV. Eine nachhaltige Integration – so die Expertise – kann aber nur gelingen, wenn hierfür auch entsprechend Zeit und Geld in die Hand genommen wird. In Zeiten knapper Kassen und enger Ressourcen allerdings ein schwieriges Unterfangen.

Das Bürgergeld war mal gestartet mit dem Versprechen Weiterbildung und Qualifizierung zu stärken, um eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten; und so den Sockel an Langzeitarbeitslosen deutlich abzubauen. Allerdings mochte der Finanzminister Lindner (FDP) der Ampel-Koalition kein Geld dafür bereitstellen. Und so konnte

Foto: Agneta Becker

das Bürgergeld nie das leisten, was es hätte leisten können.

Wahnsinn mit Methode

Zukünftig, die Gefahr wird es besonders sein, dass sich die Jobcenter im Wesentlichen auf diejenigen Arbeitslosen konzentrieren, die aus ihrer Sicht besser vermittelbar sind. Allein die Kürzungsbeschlüsse in diesem Bereich werden ihnen kaum eine andere Wahl lassen. Die Jobcenter stehen unter Erfolgsdruck. Die einfachen und vielversprechenden Fälle sind gut für die Vermittlungsstatistik. Für die „passgenaue“ und „individuelle“ Vermittlung, die „intensive Begleitung“, von der Arbeitsmarktpolitiker gerne sprechen, wird es keine Zeit mehr geben. An Geld fehlt es außerdem sowieso. Auf der Strecke bleiben werden die Langzeitarbeitslosen. Und der Verstand. Während die Politik unbeirrt alten und gescheiterten Wegen folgt.

Albert Einstein hat dies einmal so formuliert: „Die Definition von Wahnsinn ist: Immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.“ ■

---

*[1)] **John Maynard Keynes**, britischer Ökonom, lebte von 1883 - 1946. Seine Erkenntnisse veränderten die Weltwirtschaftspolitik grundlegend. Die zentrale Botschaft seiner „General Theory“ besteht darin, dass das marktwirtschaftliche System auch bei flexiblen Preisen und Löhnen nicht automatisch zur Vollbeschäftigung tendiert, wie es die Vertreter-Innen des Neoliberalismus gerne behaupten. Vielmehr kann es auch langfristig in einem Zustand der Unterbeschäftigung verharren; in diesem Fall soll der Staat (Regierung und Notenbank) zu finanz- und geldpolitischen Mitteln greifen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder an das Niveau heranzuführen, bei dem Vollbeschäftigung herrscht.*

Acht Stunden Arbeit am Tag reichen

Neue Bundesregierung will Arbeitszeitgesetz ändern

Bild: Agneta Becker

Von Carsten Peters

Die neue Bundesregierung aus CDU und SPD will das Arbeitszeitgesetz ändern. Kern des Gesetzes ist der festgeschriebene 8-Stunden-Arbeitstag, der eine Schutzbestimmung für die Beschäftigten ist. Die Gewerkschaften kritisieren das Vorhaben. Dabei sind Ausnahmen bereits heute möglich in einigen Bereichen, etwa bei der Rufbereitschaft von Personal, etwa in Krankenhäusern, bei Feuerwehr, Polizei, Wasser- und Stromversorgern.

Begleitet wurde diese politische Absicht bereits seit längerem durch Forderungen von CDU/CSU und FDP, die eine deutliche Verlängerung der Arbeitszeiten und allgemein mehr Anstrengungen und Arbeitsleistung von den Beschäftigten forderten. Seit längerem fährt insbesondere die CDU eine Kampagne gegen das Bürgergeld und Bürgergeldbeziehende.

Revolution bringt den 8-Stunden-Tag

Der Achtstundentag ist ein historisches Ergebnis der Arbeiter*innenbewegung. Erste Erfolge gab es bereits 1840 in Neuseeland und 1856 in Australien. In Deutschland wurde der Achtstundentag 1884 erstmals bei der Firma Degussa eingeführt. Seit 1918 gilt er flächendeckend als Ergebnis der Novemberrevolution. Das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918 legte ihn fest – bei vollem Lohnausgleich und unabhängig von Alter oder Geschlecht. Die Anordnung zur Arbeitszeitregelung erfolgte am 23. November 1918 durch das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung.

Samstags gehört Vati mir

1923 wurde der 8-Stunden-Tag mit der Einführung von 10-Stunden-Tagen wieder aufgeweicht. Die Arbeitszeit blieb bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 umkämpft.

– ANZEIGE –

1956 startete der DGB die Kampagne „Samstags gehört Vati mir“ zur Einführung der 5-Tage-Woche, die sich ab 1965 durchsetzte. Die IG Metall forderte ab 1980 eine 35-Stunden-Woche, was in Teilen auch erreicht wurde. Ab den 1990er Jahren kam es in vielen Betrieben wieder zu einer schleichenden Erhöhung auf 40 Stunden – insbesondere für außertariflich Beschäftigte.

Milliarden Überstunden – Millionen unbezahlte Überstunden

Das Arbeitszeitgesetz von 1994 erlaubt eine tägliche Arbeitszeit von bis zu zehn Stunden, sofern im Schnitt von sechs Monaten acht Stunden nicht überschritten werden. Durch diese Flexibilisierung liegt die maximale Wochenarbeitszeit bei 48 Stunden. In vielen Betrieben regeln Gleitzeit und Betriebsvereinbarungen die Arbeitszeiten zusätzlich.

Die betriebliche Realität zeigt jedoch ein anderes Bild: 2024 wurden über 1,2 Milliarden Überstunden geleistet – davon rund 638 Millionen unbezahlt. Gleichzeitig sind rund 800.000 Menschen trotz Vollzeit auf Bürgergeld angewiesen. Diese Zahlen zeigen eine Schieflage, die in der öffentlichen Debatte kaum beachtet wird.

CDU-Vertreter forderten nun Rentner*innen dazu auf, mehr zu arbeiten. Laut Statistischem Bundesamt waren 2023 rund 13 % der 65- bis 74-Jährigen erwerbstätig, viele davon aus finanziellen Gründen – manche arbeiten über 40 Stunden pro Woche. Zugleich erreichen viele das Rentenalter nicht gesund und gehen vorzeitig in Rente.

Zahlreiche Stellen bleiben unbesetzt, auch weil viele junge Menschen ohne Abschluss die Schule verlassen. Nur noch rund 19 % der Betriebe bilden aus. Eine umfassende Bildungs- und Qualifizierungsoffensive wäre dringend notwendig.

800.000 Menschen arbeiten Vollzeit und müssen Hartz IV beantragen

Nach dem letzten Tarifabschluss bei der EVG entschieden sich die meisten Beschäftigten für mehr Freizeit statt mehr Geld – ein deutliches Zeichen für den Wunsch nach besserer Work-Life-Balance. Gewerkschaften sprechen sich klar gegen eine Ausweitung der Arbeitszeit aus. Sie sehen die Diskussion als Angriff auf hart erkämpfte Rechte. Gerade viele Teilzeitbeschäftigte müssen heute Beruf, Care-Arbeit und Ehrenamt unter einen Hut bringen – längere Arbeitszeiten wären für sie kaum zu bewältigen.

Die Debatte um Arbeitszeit ist also hochaktuell – und kein Relikt der Vergangenheit. Die Gewerkschaften stellen sich dem politischen Druck entschieden entgegen. ■

Gastautor Carsten Peters ist stellv. DGB-Verbandsvorsitzender/Münster

– ANZEIGEN –

Die Unbequemen

Zum Verhältnis Politik und Kirche unter Franziskus und ein Ausblick auf das Leo XIV. Pontifikat

Von Jan Rinke

Der neue Papst Leo XIV., wie wir alle, nehmen Abschied von einem Störenfried. Müsste man dem an Ostern verstorbenen Papst Franziskus einen ehrenden Beinamen geben, wäre wohl "Der Barmherzige" zutreffend. Mit seiner Betonung der Barmherzigkeit als Hinwendung zu Menschen in konkreter Not setzte er oft politische Signale, die auch die Beinamen "Der Unbequeme" oder gar "Der Störende" rechtfertigen würden.

Papst Franziskus mit Bootsflüchtlingen, Lampedusa 8.7.2013
Foto: ©VaticanMedia

Franziskus im Frauengefängnis, Gründonnerstag 2024
Foto: ©VaticanMedia

Nach der Wahl von Papst Franziskus im Jahre 2013 pilgerte dieser nach Lampedusa, wo er das Ertrinken Flüchtender als „lautloses Massaker“ anklagte. Natürlich setzten zu seiner Beisetzung auch die von ihm Kritisierten und Ermahnten, all jene zu jenem Massaker Gemeinten, die Trauermine auf. In erster Reihe Donald Trump, dem dieser Papst ein Dorn im Auge gewesen sein muss, etwa als er auf seiner Mexiko-Reise eine Messe direkt am Grenzzaun zu den USA feierte und die Flüchtlingspolitik des Trump-Regimes scharf angriff. Das geschah zur ersten Amtszeit von Donald Trump.

Wirtschaft contra Barmherzigkeit

Immer wieder rückte Franziskus Notleidende in die Mitte der Aufmerksamkeit, auch mit seiner Warnung vor einer "Verbürgerlichung der Kirche" folgend, wenn er Transsexuelle traf, deren Not Diskriminierung ist. Oder an den Gründonnerstagen, wenn er statt Klerikern weiblichen Häftlingen die Füße wusch, deren Not es ist, in Vergessenheit geraten zu sein, neben all dem anderen Leid. Sein Einsatz für Umwelt, den Klimaschutz sowie die Rechte Indigener waren nicht weniger politisch, ebenso wie seine Kritik an der unbegrenzten Marktwirtschaft mit der Aussage: "Eine solche Wirtschaft tötet." Reflexartig bezichtigten Wirtschaftswissenschaftler ihn der Ahnungslosigkeit; vermutlich, weil er einen Nerv traf. Bezeichnenderweise steht diese Wirtschaftskritik in seinem frühen Rundschreiben über die Verkündigung der Frohen Botschaft *(Evangelii Gaudium – Die Freude des Evangeliums, aus dem Jahre 2013)*. Der argentinische Papst folgte damit dem Konzept der aus Lateinamerika stammenden Befreiungstheologie, die er nach den Maßregelungen im Doppelpontifikat Johannes Paul II./ Benedikt XVI. hin zu wiederbelebten Würdigungen rehabilitierte.

„Diese Wirtschaft tötet“: Franziskus‘ Kritik an der ungerechten globalen Wirtschaftsordnung
Evangelii Gaudium (2013), 53–54

Dass Franziskus‘ Tod dessen politische Einmischung nochmals größte Öffentlichkeit verschaffte, wirkt wie eine Ohrfeige für immer häufigere Stimmen aus der Politik, allen voran

Leo XIV:
Und wieder grüßt ein politischer Papst
Foto: ©VaticanMedia

von der regelmäßig von Bischöfen angegriffenen AfD, die Kirche möge sich bitte nicht in Sachpolitik einmischen und stattdessen die großen Fragen des Daseins (Woher kommen wir, wohin gehen wir?) als Kerngeschäft von Religion und Glauben behandeln. Alle solche Stimmen klammern aus, dass Zuwendung zu den Ärmsten und gerade auch Menschen auf der Flucht nicht vom Christentum zu trennen sind, wenn etwa Jesus von Nazareth sich selbst als Obdachloser bezeichnet (Mt 8,20) und sich mit Flüchtlingen identifiziert (Mt 25,43). Im Kerngebet aller Christen steht die Bitte um das Existenzminimum ("unser tägliches Brot“).

Leo - der Name ist Programm

Kurz ein Einblick in Umschweife ins lokale Münster: Wenn in diesem Jahr Noch-Oberbürgermeister Markus Lewe aus Protest gegen die Positionierung des ältesten Sozialverbands Deutschlands zur Asylpolitik der Union nach 40 Jahren Mitgliedschaft aus dem katholischen Kolpingwerk austrat, scheint der oberste Stadtrepräsentant Kerninhalte des Christentums zurückdrängen zu wollen, die immer unbequem sein werden, so wie Papst Franziskus unbequem war.

Zum Schluss ein Ausblick: Der Name Leo ist Programm! Mit seiner Herkunft aus dem Ursprungsland der Befreiungstheologie (dort lebte Leo XIV länger als in den USA) könnte der Peruaner Leo XIV. dieser Spur folgen, zumal der Name Leo ein sehr politisches Pontifikat ankündigt, da Leo XIII., die sozialen Verwerfungen des 19. Jahrhunderts mit Förderung der katholischen Soziallehre anpackte - ein Vorbild, ein Wegweiser. Dabei kündete der Neue schon an, besonders auch Digitalisierung und KI in den Blick zu nehmen, die unser Leben sicher nicht weniger verändern werden als einst die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Bereits vor seiner Wahl griff Leo XIV. Trump und Vance an. Ihn aber auf die Rolle des politischen Papstes zu reduzieren, greift zu kurz; vermutlich wird der neue Hirte geistliche und politische Impulse eng verknüpfen und damit die 1,4 Milliarden katholischen Schafe inspirieren, sie politisch zu bocken. ■

– ANZEIGEN –

Es ist an der Zeit

[Hannes Wader: Es ist an der Zeit. Aris 1980.]

Weit in der Champagne im Mittsommergrün

Dort wo zwischen Grabkreuzen Mohnblumen blüh'n

Da flüstern die Gräser und wiegen sich leicht

Im Wind, der sanft über das Gräberfeld streicht

Auf deinem Kreuz finde ich, toter Soldat,

Deinen Namen nicht, nur Ziffern und jemand hat

Die Zahl neunzehnhundertundsechzehn gemalt

Und du warst nicht einmal neunzehn Jahre alt.

Ja, auch dich haben sie schon genauso belogen

So wie sie es mit uns heute immer noch tun

Und du hast ihnen alles gegeben:

Deine Kraft, deine Jugend, dein Leben.

:::::::::

Hast du, toter Soldat, mal ein Mädchen geliebt?

Sicher nicht, denn nur dort, wo es Frieden gibt

Können Zärtlichkeit und Vertrauen gedeih'n

Warst Soldat, um zu sterben, nicht um jung zu sein

Vielleicht dachtest du dir, ich falle schon bald

Nehme mir mein Vergnügen, wie es kommt, mit Gewalt

Dazu warst du entschlossen, hast dich aber dann

Vor dir selber geschämt und es doch nie getan.

Ja, auch dich haben sie schon genauso belogen […]

:::::::::

Soldat, gingst du gläubig und gern in den Tod?

Oder hast zu verzweifelt, verbittert, verroht

Deinen wirklichen Feind nicht erkannt bis zum Schluß?

Ich hoffe, es traf dich ein sauberer Schuß

Oder hat ein Geschoss dir die Glieder zerfetzt?

Hast du nach deiner Mutter geschrien bis zuletzt?

Bist du auf deinen Beinstümpfen weitergerannt?

Und dein Grab, birgt es mehr als ein Bein, eine Hand?

Ja, auch dich haben sie schon genauso belogen […]

:::::::::

Es blieb nur das Kreuz als die einzige Spur

Von deinem Leben, doch hör' meinen Schwur

Für den Frieden zu kämpfen und wachsam zu sein:

Fällt die Menschheit noch einmal auf Lügen herein

Dann kann es gescheh'n, dass bald niemand mehr lebt

Niemand, der die Milliarden von Toten begräbt

Doch längst finden sich mehr und mehr Menschen bereit

Diesen Krieg zu verhindern, es ist an der Zeit.

Ja, auch dich haben sie schon genauso belogen […]

:::::::::

– ANZEIGE –

Zu den Waffen – Nein Danke

Der Sachbuchautor Ole Nymoen verweigert sich dem Appell zur Kriegstüchtigkeit

Von Christoph Theligmann

Deutschland soll kriegstüchtig werden. Es wird über eine Wiederauflage der Wehrpflicht diskutiert. Äußerungen wie: „Wir müssen in die Lage kommen, uns verteidigen zu können, um uns nicht verteidigen zu müssen“ – diese Sätze sind zu hören und zu lesen.

Das Jahr 2025 ist ein Thomas Mann Gedenkjahr. Sein Erstlingsroman Buddenbrook hat den Untertitel „Verfall einer Familie“.

Der Verfall, den Thomas Mann erzählt, vollzieht sich in vier Schritten: Erfolg, Komfort, Vergeistigung, Dekadenz. Das gilt vielleicht auch für Nationen. Und was heute Burnout heißt, nannte man zu Thomas Manns Zeiten übrigens Neurasthenie.

Die Mann-Erzählung erstreckt sich über einen Zeitraum von vier Generationen. Das sind ca. 75 Jahre, wenn man die Zeitdauer von durchschnittlich 25 Jahre je einer Generation im Erwachsenenalter heranzieht.

Im Mai wurde des 2. Weltkriegsendes vor achtzig Jahren gedacht. Auch hier kann man einen Verfall der vom Weltkrieg betroffenen Länder Mittel- und Westeuropas in ebenfalls vier Schritten feststellen: Erfolgreich aufgestanden aus Ruinen, Wirtschaftswunder gleich Komfort, Studentenrevolte gleich Vergeistigung, Ölkrise und nicht endendes Krisen-Mikado gleich zunehmender Verfall.

In dieser, negativen Bezeichnung Endzeitstimmung, positiven Bezeichnung Zeitenwende, erschien zu Beginn des Jahres ein Sachbuchbestseller: Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde - Gegen die Kriegstüchtigkeit von Ole Nymoen. Der Autor ist 1998 geboren.

Argumente gegen eine Kriegsbeteiligung

Das Bemerkenswerte an dem Buch ist, dass Ole Nymoen nicht sein Gewissen voranstellt, um eine mögliche Kriegsteilnahme als Soldat für sich auszuschließen. Für ihn zählen hauptsächlich rationale Gründe. Diese stellt er anschaulich in den Vordergrund seiner Argumentation.

Hier einige Beispiele: Die Staatssouveränität will geschützt, soll wehrfähig sein. Dazu werden notfalls Menschenleben geopfert, obwohl die Menschen mit- und untereinander oft gar keine, geschweige denn tödliche Meinungsverschiedenheiten haben. Dennoch werden sie mit Waffen aufeinandergehetzt.

Der einzelne Bürgerwille, lieber in Unfreiheit zu leben, statt für die Freiheit zu sterben, zählt nicht. Auch die Frage, ob es nicht wert sei, eine demokratische Grundordnung zu verteidigen, stellt sich ja dann nicht, wenn man sich nicht als sinnvollen Teil einer Gesellschaft sieht, in der zwar jeder für sich verantwortlich sein soll, doch die Tolerierung von extremem Reichtum auf der einen, von Armut auf der anderen Seite die Vorgabe ist. Verteidigungswerte Gemeinschaft?

Errungenschaften, die da wären, Bildung und medizinische Versorgung etc. existieren in Wahrheit doch nur als Bedingungen für ein Humankapital, willens des Erfolgs einer Volkswirtschaft als Ganzes, so der Autor.

Frieden braucht keine Fahnenflucht

In einer zukünftigen Welt, die schon allein durch den Klimawandel gefährdet ist, sind es die Jüngeren, die als erstes die Zeche zahlen müssen. Die gleiche Altersgruppe, die vorzugsweise zu den Waffen gerufen wird, wenn es todernst wird. Dann wird verstärkt zuallererst und dann zuallerletzt an die Solidargemeinschaft dieser und später, falls vonnöten, aller Altersgruppen appelliert. Gleichzeitig der Kontrast der Konkurrenz unter den Staaten in jeweiliger repräsentativer Form der wenigen, die, daran hat sich nichts geändert, wie ein Sonnenkönig „L’Etat c’est moi - Der Staat bin ich“ tönen.

Vorausgesetzt wir befänden uns in der Tat im Jahr 2025 und achtzig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in einem Zustand der Staaten-Dekadenz, in einem letzten Status eines Verfallprozesses, dann sei es der Leserschaft überlassen zu beurteilen, ob Ole Nymoens Argumente die eines vaterlandslosen Gesellen oder, die Polarisierung ist zwangsläufig, die eines Wohlstandskindes einer friedvollen Mutter der Weisheit sind.

Eine veränderte Form des Beitrags erschien vom Rezensenten am 17. April 2025 als Blogbeitrag (https://proscript.de/menschen-und-nationen-neurasthenie) ■

Ole Nymoen: *Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde - Gegen die Kriegstüchtigkeit; Rowohlt Taschenbuch Verlag; Hamburg 2025; 144 Seiten; 16 Euro; ISBN 978-3-644-02397-0; in der Stadtbücherei Münster im Bereich Sozialwissenschaften ausleihbar.*

Literarisches zum Westfalen-Jubiläum

Geschichten und Geschichtchen, die nicht nur Westfalenherzen höherschlagen lassen

Von Werner Szybalski

43 Autor:innen haben die vier Herausgeber:innen, alle vier übrigens Mitglied der Regionalgruppe Münsterland im Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS), der professionell Schreibenden, zusammengestellt und zeitlich in die 1250jährige Geschichte des Landes Westfalen eingeordnet.

Die Anthologie zum Jubiläum des östlichen Teils unseres erst 79 Jahre alten Bundeslandes beginnt nach dem vorgestellten Gedicht „De Woorth“ von Hermann Mensing mit dem Text „Stur wie ein Ochse“ von Bettina Ronschke im Jahr 790 und reicht bis in das aktuelle Jahrzehnt. Zum Abschluss des Werkes blickt Gerd Puls in „Stadt, Land, Fluss – Partie in zwölf Etappen“ auf Westfalen „gestern – heute – morgen“.

Puls liefert eine zusammenfassende Beschreibung, was Westfalen, die Subregionen und deren Menschen ausmacht. Zugleich ist es ein sehr gutes Finale für ein 276 Seiten umfassendes Buch mit Geschichten und Geschichtchen, die nicht nur Westfalenherzen höherschlagen lassen.

Neben bekannten Erzählungen über Kirche, Kohle und den Kiepenkerl blicken die Autor:innen auch auf weniger bekannte und vielleicht fast vergessene Aspekte Westfalens. Nach Ronschkes Blick in die Tage der Landesgründung, Westfalen wurde erstmals 875 in den fränkischen Reichsannalen erwähnt, folgt ein Sprung ins 13. Jahrhundert und auf den berühmten Hellweg, der aber hauptsächlich als Einführung zu einer im Rheinland spielenden Kriminalgeschichte führt. Mitten in Westfalen recherchierte Anne-Kathrin Koppetsch, die so einigen Opfern des 1100 Hexenprozesse in Westfalen namentlich in Erinnerung ruft.

„Nicht alles ist todt in Westfalen, was begraben ist“, stellte 1834 Heinrich Heine fest, der wusste, dass in den Westfalen noch viel sächsisches aus der Germanenzeit steckt. So geht es mit Westfälischem weiter bis in die jüngste Vergangenheit, in der Peter Hille bekennt: „Ich bin ein Sohn der roten Erde.“ Dorothea Kemper weiß zu erzählen, dass auch in der „Heimatliebe“ was gefunden werden kann – sogar in der Eurobahn zwischen Ascheberg und Dortmund. Natürlich nur, wenn die Leserschaft von „Mehr als Kirche, Kohle, Kiepenkerl“ die manchmal seltsamen Hinweise zu verstehen lernt. ■

Angenent, Engels, Huckebrink, Lingnau (Hrsg.): *Mehr als Kirche, Kohle, Kiepenkerl - 1250 Jahre Westfalen- neu erzählt; Elsinor Verlag; Coesfeld 2025; 276 Seiten; 22,50 Euro; ISBN 978-3945113479; leider (noch) nicht in der Stadtbücherei Münster ausleihbar.*

– ANZEIGE –

Toleranz!
Offenheit!
Vielfalt!

Der Paritätische in Münster.

PARITÄT

Ihr Kontakt für Soziale Arbeit

Der Paritätische
Kreisgruppe Münster
Dahlweg 112 | 48153 Münster

Tel.: 0251 61 85 0
muenster@paritaet-nrw.org
www.muenster.paritaet-nrw.org

Partner für soziale Arbeit.

Ihr Kontakt für Selbsthilfe-Themen

Der Paritätische
Selbsthilfe-Kontaktstelle Münster
Dahlweg 112 | 48153 Münster

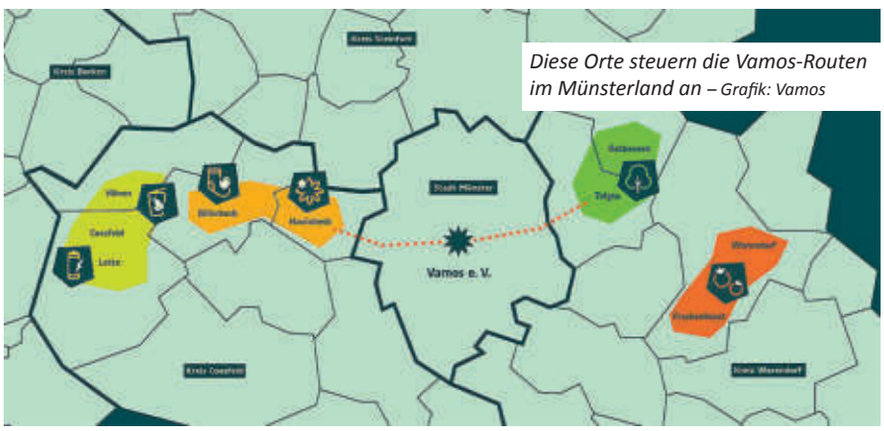
Tel.: 0251 60 93 32 30
selbsthilfe-muenster@paritaet-nrw.org
www.selbsthilfe-muenster.de

Selbsthilfe macht stark.

Radtouren der besonderen Art

Vamos bietet Wandel & Handel-Routen an

Von Werner Szybalski



Diese Orte steuern die Vamos-Routen im Münsterland an – Grafik: Vamos

Ende April an einem Sonntag fiel an den Aaseetreppen in Münster der Startschuss für ein neues münsterlandweites Projekt des Vereins Vamos. Vamos- und ADFC-Fahrradguide Bernd Uppena führte die erste „Wandel & Handel-Routentour" durchs Münsterland an.

Allerdings steckte zwar auch etwas vom neuen Vamos-Projekt drin, doch das Ziel der etwa 55 Kilometer langen Auftakt-Tour waren die Fahrradaktionstage im Dorf Hiddingsel. „Angelehnt war die Tour an die Faire-Arbeit-Route, wobei wir allerdings nur das Thema Blumen am Stift Tilbeck besuchen konnten", erklärte Bernd Uppena, der gemeinsam mit Tore Süßenguth, Referent Bildungs- und Kampagnenarbeit in der Geschäftsleitung des Vereins Vamos, das große Projekt von Vamos im Cuba vorstellte.

Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit verdeutlichen

Die Wandel & Handel-Routen unterscheiden sich von den üblichen touristischen Angeboten im Münsterland durch die Möglichkeit an den Stationen der Vamos-Rundtouren etwas über Nachhaltigkeit in der Region und globale Gerechtigkeit zu erfahren. Vielen sei überhaupt nicht bewusst, wie klein und niederschwellig der Umstieg auf ein klimagerechteres Leben sei. Tore Süßenguth hat ein ihn immer wieder faszinierendes Beispiel, dass er im Pressegespräch vorstellte: „Umgewandelt zu Biogas steckt in einem Apfelrest in etwa so viel Energie, um eine Glühbirne eine Stunde zum Leuchten zu bringen."

Sieben unterschiedliche Routen

„Wir fahren durchs Münsterland und entdecken Orte und Dinge, an denen die Meisten sonst vorbeifahren würden" freute sich Bernd Uppena, dass auch die zweite Tour, die Ende Mai in Havixbeck startete, sehr gut angenommen worden war.

Die Wandel & Handel-Routentour wird es in naher Zukunft in sieben Varianten in den Kreisen Coesfeld und Warendorf geben. Die Strecken ohne Anfahrt zur Route sind zwischen 38 und 55 Kilometer lang. „Für jede der Touren sollten fünf bis sechs Stunden Zeit eingeplant werden", erklärte Bernd Uppena: „Die reine Radelzeit beträgt rund drei Stunden."

Die Route kann individuell abgefahren werden, wobei nicht alle angefahrenen Stationen an Wochenende und Feiertagen geöffnet haben. Insgesamt neun Fahrradguides von Vamos bieten auch geführte Routen an. Entweder werden diese ab 200 Euro aufwärts gebucht oder interessierte Radler:innen nehmen an offenen Vamos-Touren teil. „Bei diesen gibt es keinen Preis. Wir bitten aber um Spenden", stellte Uppena klar.

Themen sind Energie, faire Arbeit, Naturschutz und gesunde, regionale Lebensmittel

Alle Routen würden inspirierende Orte ansteuern, wo sich Menschen und Organisationen für mehr Gemeinwohl, zukunftsfähiges Wirtschaften, die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele und globale Solidarität einsetzen. „Die angefahrenen Orte eint das Ziel, einen lebenswerten Planeten innerhalb seiner Grenzen zu erhalten", verdeutlicht Projektleiter Tore Süßenguth: „Die zu erkundenden Orte zeigen Lösungen auf, die bereits heute lokal umgesetzt werden. Sie dienen der Motivation, individuell aber auch politisch aktiv zu werden."

Die schon im vergangenen Jahr eröffnete Tour zum Thema „Faire Arbeit" führt zum Beispiel vom Stift Tilbeck,

Tore Süßenguth (l.) von Vamos und Fahrradguide Bernd Uppena stellten das neue Projekt Wandel & Handel-Routen vor
Foto: Werner Szybalski

nach Billerbeck und weiter nach Havixbeck. Am Selbstpflückbeet der Gärtnerei des Stifts Tilbeck oder in der Textilfabrik der Firma Strumpf Dirks können die Routenfahrer:innen erfahren, wie ökologisch verträgliche Wirtschaft funktioniert.

„Alle Routen steuern die globalen Mitmachstationen an, die in den letzten Monaten im Projekt Münsterland Global Lokal zusammen mit Schüler:innen, Bildungseinrichtungen, Kommunen und Unternehmen entwickelt wurden. An diesen Orten sollen die Nutzer:innen mit Menschen und Möglichkeiten von Engagement in Berührung kommen, die sich mit lokaler und globaler Verantwortung und Solidarität, Nachhaltiges Handeln und Wirtschaften, sowie Förderung von Biodiversität und Klimaanpassungen beschäftigen“, verdeutlichte Süßenguth.

Neben der „Faire-Arbeits-Routen“ gibt es die „Lebensmittel-Route“ in Warendorf, die auch die Produktion von Tomaten in Gläsern und Dosen, „die in Deutschland praktisch alle aus Süditalien stammen“, wie Süßenguth einwarf. Zudem die „Energie-Route“ in Coesfeld, die „Naturschutz-Route“ an der Bever und zukünftig die „Begegnungs-Route“ in Ahlen und Drensteinfurt.

Pausen gehören bei der Wandel und Handel-Tour natürlich auch dazu. Neben Erfrischung kann dann auch das Material zur Route gesichtet werden
Foto: Vamos

Tipps auf den Infotafeln an den „Mitmachstationen“

Tafeln an den „Mitmachstationen“ geben Informationen zur jeweiligen Thematik oder verraten Tipps, wie sich jeder einzelne engagieren kann oder laden zum Spielen ein. Neben lokalen Beispielen lernen die Teilnehmer:innen auch internationale Akteure kennen, die sich mit der gezeigten Problematik beschäftigen, und erfahren Lösungsmöglichkeiten, die anderswo schon erfolgreich umgesetzt worden sind.

„Wir zeigen Handlungsspielräume auf, die Menschen motivieren, und auch zeigen, dass es andere gibt, die sich ebenfalls engagieren. So wird deutlich, dass niemand mit dem gezeigten Engagement allein ist“, unterstrich Tore Süßenguth. Die Routen sind alle bei der Navigations-App „Komoot“ hinterlegt! ■

– ANZEIGE –

Sparen an der falschen Stelle

Jugendwerkstatt droht ein langsames Sterben

Von Mitra Behdadi

Zum Jugendausbildungszentrum, kurz JAZ, gehört die Jugendwerkstatt JuWe. Diese ist jetzt von Sparmaßnahmen betroffen und muss vielleicht schließen, ihre Angebote ganz oder teilweise beenden. Dabei hat das JuWe sowie das JAZ insgesamt für Jugendliche eine wichtige Aufgabe, die Teilhabe und Integration in die Gesellschaft.

Viele Jugendliche und junge Menschen finden aus persönlichen Gründen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt oder können nicht an einer regulären Berufsschule teilhaben. Seit Jahren ermöglicht die soziale Einrichtung JAZ/JuWe eine andere Perspektive für sie, um ihre Zukunft besser gestalten zu können. Oder in der Selbstdarstellung: „... für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahren, die ihre Vollzeitschulpflicht abgeschlossen haben und Unterstützung für ihre persönlichen und beruflichen Perspektiven benötigen. Berufsschulpflichtige Teilnehmer:Innen können mit der Teilnahme in Kombination mit dem Besuch der Ausbildungsvorbereitungsklasse die Berufsschulpflicht erfüllen."

In der JuWe werden Bereiche wie „Metall- , Holzwerkstatt", „Hauswirtschaft" und „Atelier" angeboten, um vor allem benachteiligte Jugendliche und junge Menschen bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu unterstützen. Jedoch ist zurzeit die Metallwerkstatt nicht mehr verfügbar, und die anderen Bereiche droht auch das Aus.

Der Grund für das bevorstehende Aus ist die Kürzung der finanziellen Förderungen.

Noch ist das Atelier geöffnet – die Metallwerkstatt ist bereits geschlossen
Foto: Mitra Behdadi

Wie sich das JAZ finanziert

Die letzten Haushaltsverhandlungen der Stadt Münster standen unter dem Motto Sparen. Die Fraktionen des Stadtrats Münster haben die Unterstützung für die Förderung von der Stadt Münster über 127.000 Euro für dieses Jahr nicht mehr weiter forciert. Laut JAZ kommen auch vom Jobcenter die gewünschten 212.086 Euro nicht mehr. Und weil die Co-Finanzierungen scheiterte, floss auch die eingeplante NRW-Landesförderung in Höhe von 164.557 Euro nicht mehr. So scheint es aus Sicht keiner städtischen Ratsfraktion wichtig zu sein, dem JAZ mit der Jugendwerkstatt in der jeweiligen Planung weiter eine Unterstützung zukommen zu lassen.

Das JAZ, ist eine gemeinnützige Gesellschaft für Aus- und Weiterbildung in Trägerschaft der Caritas. Sie hat die finanzielle Perspektive für das Jahr 2025 Ende 2024 völlig überraschend getroffen. Weder von der Stadtverwaltung noch von der Politik habe es im Vorfeld Signale für eine Ablehnung des Förderantrags gegeben. So hatten die Verantwortlichen vor Ort vielmehr damit gerechnet, dass der jährliche Förderungsantrag auch diesmal positiv beschieden werden würde. Im Nachhinein ein Trugschluss.

Das Angebot JAZ steht also seit dem 11. Dezember 2024 auf der Kippe. In der Folge wurden zwei Werkstätten (Metallwerkstatt und Hauswirtschaft) gestrichen, wobei seit einigen Zeit zumindest die hauswirtschaftliche Tätigkeit wieder zur Verfügung steht. Außerdem wurde seit Januar 2025 der Unterricht aufgrund der Abwesenheit der bisherigen Lehrer, von JAZ-Mitarbeitern übernommen, was zu einer starken Belastung dieser und zu weniger möglichen Unterstützung der Jugendlichen geführt hat.

Was verändert sich für die Jugendlichen?

Das JAZ befasst sich bereits seit über 30 Jahren damit, schwer erreichbare junge Menschen in das Ausbildungssystem zu integrieren, mit dem sie bisher noch nicht klargekommen sind. Aufgrund des reduzierten Angebots der Werkstattauswahl, können mehrere Teilnehmende nicht mehr an ihrer gewählten Wunschbeschäftigung teilhaben. Außerdem fallen auch noch die übrig gebliebenen Werkstätten komplett aus, solange die zuständigen Mitarbeiter der Werkstätten an manchen Tagen abwesend sind, aus Überforderung und Personalmangel.

Dadurch geht eines der Hauptziele dieses Projekts verloren, nämlich einen strukturierten Alltag für die Jugendlichen zu ermöglichen. Ein be-

troffener Jugendlicher erzählt: „An den Tagen, wo kein Lehrer präsent ist, merke ich, dass die Schulzeit von uns Jugendlichen weniger produktiv verläuft, da es uns an Struktur fehlt.“ Sozial benachteiligte junge Menschen, die durch das JAZ für sich eine Perspektive zu finden glaubten, werden wahrscheinlich auf diese Perspektive in Zukunft verzichten müssen. Dadurch kommen weitere Folgeprobleme auf sie zu.

Standpunkt der Stadtverwaltung

„Die vielfältigen Problemlagen der Jugendlichen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten verändert. Junge Menschen würden zunehmend durch strukturelle Gruppenangebote nicht mehr ausreichend versorgt. Deshalb müsse diese Situation genutzt werden, um das Angebot im Übergang mit den vielfältigen Angeboten weiterzuentwickeln. Aber: Nach der Nichtaufnahme des Haushaltsantrags werde dies nicht nahtlos gelingen.“ Dieses Statement der Stadtverwaltung spricht eine ganz eigene Sprache.

Jugendwerkstatt des JAZ
Foto: Mitra Behdadi

Immerhin: Um eine Überbrückung für die Jugendlichen zu schaffen, habe die Einrichtung eine Zusage der Stadt für einen Zuschuss erhalten - Höhe allerdings ungewiss für das Fortbestehen. Die teilnehmenden Jugendlichen und auch die Erzieher können das alles nicht nachvollziehen, einige sind schockiert, dass hier alles so plötzlich enden soll.

Das Angebot des JAZ steht noch bis Sommer dieses Jahres zur Verfügung. Was danach kommt ist weiterhin in der Schwebe. Auch für die Mitarbeiter vom JAZ ist diese ungewisse Situation sehr belastend.

Die Schulen in der Stadt hinterfragen inzwischen die Situation des JAZ, da es immer wieder Jugendliche gibt, die von einer Auszeit ihrer Schule profitieren könnten, die sie dann nützlich im JAZ verbringen.

So ist Öffentlichkeit wichtig: Denn die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf JAZ/JuWe und ähnliche Projekte und Maßnahmen, die benachteiligte Menschen fördern, ist entscheidend, um Notsituationen wie die aktuelle zu vermeiden. ■

– ANZEIGEN –

Kulturkampf um Straßennamen

Bürgerinitiative will belastete Namen behalten

Von Werner Szybalski

Die BV-Mehrheit aus Grünen, SPD, Volt und Linken stimmt für die Umbenennung
Foto: Werner Szybalski

Kehrt mitten im Kommunalwahlkampf in Münster der Kulturkampf auf die Straßen Münsters zurück? Ausgerechnet um Straßennamen? Anfang Mai entschied die Bezirksvertretung Münster-Mitte, die jahrelange Diskussion um belastete Straßennamen aus der Zeit des Nationalsozialismus mit einem Mehrheitsbeschluss zu beenden.

Fünf Straßen in Münster-Mitte, die **Admiral-Speer-Straße**, die **Admiral-Spree-Straße**, die **Otto-Weddigen-Straße**, die **Langemarckstraße** und die **Skagerrakstraße** sollen umbenannt werden. Vier der fünf Straßen gehören zum von den Anwohner:innen „Marineviertel" genannten St. Mauritzer Wohnquartier am Kanal. Die Langemarckstraße verbindet das Kreuzviertel mit Uppenberg und kreuzt den Cheruskerring, der übrigens 1935, also während der Naziherrschaft, so benannt wurde. Die örtliche Bürgerinitiative „Stoppt Umbenennungen" sammelt aktuell Unterschriften für ein Bürgerbegehren, dass den Beschluss rückgängig machen soll.

Jahrelange Diskussion über belastete Straßennamen in Münster

Vorausgegangen war eine jahrelange Diskussion in der lokalen Politik, wie mit den schon 1947 geforderten Umbenennungen der in der Nazizeit mit ideologischem Hintergrund benannten Straßen umzugehen sei. Die „**Danziger Freiheit**" verschwand schon vor knapp fünf Jahren. Der **Schlossplatz** ist seit 2012 den Namen des ehemaligen Reichspräsidenten **Hindenburg** los. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg wird in Münster auf Wunsch der lokalen SPD in der nicht umbenannten **Tannenbergstraße** als Schlachtensieger über das russische Militär aber weiterhin geehrt. Noch sind nicht alle Umbenennungen entschieden, aber die Luft ist eigentlich raus. Nur die Bürgerinitiative und eine kleine Ratsfraktion sind aktuell aktiv.

In der Diskussion sind noch **Andreas-Hofer-Straße**, **Manfred-von-Richthofen-Straße** und **Ostmarkstraße** im Stadtbezirk Mitte, um deren Namensänderung die Bezirksvertretung den Rat der Stadt gebeten hat. In Hiltrup wird über die **Heideggerstraße** diskutiert und im Südosten Münsters über **Lüderitzweg** und **Woermannweg**. Die Internationale Fraktion/ Die Partei ÖDP im Rat der Stadt Münster problematisierte in der Maisitzung des Rates die Wolbecker „**Franz-von-Waldeck-Straße**". Sie ist nach dem Fürstbischof benannt, der die Wiedertäufer niedergeschlagen und unter anderem deren Anführer erst foltern, dann töten und schließlich ihre Leichen in den Käfigen an der Lambertikirche den Vögeln zum Fraß aufhängen ließ.

Leitlinien für Ehrungen im öffentlichen Raum

Schon 2021 (Münster-Mitte) und 2022 (Münster-West) hatten Bezirksvertretungen umfassende Prüfaufträge der Straßennamen in ihren Bezirken auf Bezüge zum Nationalsozialismus sowie Kolonialismus an die Verwaltung gegeben. Dazu kamen seitdem Einzelprüfaufträge aus Bürgeranregungen. Die Politik äußerte weiterhin Wünsche nach der Entwicklung von Diskussions- und Informationsformaten, der Einbindung von Schulen, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie die Realisierung von Ausstellungen oder vergleichbaren Informationsangeboten.

Diese Grundlagendiskussion endete 2024 mit der Verabschiedung der „Leitlinien für Ehrungen im öffentlichen Raum" als Anhang zur Ratsvorlage V/0247/2024. Darin betont die Stadt Münster „ihre historische Bedeutung als eine europäische Friedensstadt" und ruft zu »Toleranz durch Dialog« auf. Der Rat und die Bezirksvertretungen hätten die Verpflichtung bei Ehrungen im öffentlichen Raum, also auch bei Straßennamen, „die Menschenrechte, das Völkerrecht und demokratische Werte hochzuhalten."

Mitte beschließt fünf Umbenennungen

Vier der fünf Straßen im von Anwohner:innen „Marineviertel" genannten Mauritzer Wohnquartier am Kanal werden umbenannt. Dies

Protestschild der Bürgerinitiative „Stoppt Umbenennungen“

beschloss Anfang Mai die Bezirksvertretung Münster-Mitte gegen die Stimmen von CDU und FDP. Die Grünen, die SPD und Volt stimmten in allen sieben Tagesordnungspunkten zu möglichen Umbenennungen gemeinsam. Fünf Mal stimmten auch die beiden Bezirksvertreter der Linken mit der Mehrheit. In den beiden Fällen (**Tannenbergstraße** im Kreuzviertel und **Prinz-Eugen-Straße** in Geist), in denen anders als ursprünglich angedacht, nun doch keine Umbenennung erfolgen sollte, beantragte Die Linke die Änderung; verlor aber die Abstimmung.

Einen neuen Namen werden die **Admiral-Scheer-Straße**, die **Admiral-Spee-Straße**, die **Otto-Weddigen-Straße** und die **Skagerrakstraße** – alle im „Marineviertel“ in Mauritz – bekommen. Zudem soll das „c“ im Namen der Langemarckstraße in Uppenberg getilgt werden. Diese Straßen wurden alle in der Zeit des Nationalsozialismus so benannt. Dabei stand damals der Propaganda-Charakter bei der Benennung der Straßen im Vordergrund, ergaben wissenschaftliche Untersuchungen.

Umbenennung wurde schon 1947 empfohlen

Direkt nach der Besatzung durch die Alliierten nach dem zweiten Weltkrieg wurden auch in Münster Straßen, die nach führenden Nazis benannt waren, wieder umbenannt. Eine Benennungskommission, besetzt mit Ratsmitgliedern, Verwaltungsmitgliedern, sachverständigen Lokalhistorikern und dem Stadtarchivar, untersuchte die Gesamtliste der städtischen Namen danach, welchen wegen militaristischer Namen – also auch Weltkriegsgeneräle wie Hindenburg oder Schlachtorte wie Langemarck – von den Schildern zu verbannen seien. Am 1. August 1947 beschloss diese Kommission, dass insgesamt 26 Umbenennungen erfolgen sollten. Darunter alle fünf Straßen deren Namen nun endlich aus dem Stadtbild verschwinden sollen. Die Tannenbergstraße war übrigens 1947 auch auf der Liste.

Anwohner:innen sammeln Unterschriften für Bürgerbegehren

Doch der Beschluss der Bezirksvertretung könnte die Stadtgesellschaft noch länger beschäftigen, denn direkt im Anschluss an die Sitzung verkündete die Bürgerinitiative „Stoppt Umbenennungen“, dass sie die Entscheidungen mit einem Bürgerbegehren anfechten wollen. Rund 6.000 rechtsverbindliche Unterschriften von in Münster-Mitte wahlberechtigten Bürger:innen muss die Bürgerinitiative „Stoppt Umbenennungen“ sammeln, damit sich das kommunale Gremium nochmals damit befassen muss. Stimmt die Mehrheit dann noch immer für die Ablöse der militaristisch-faschistisch belasteten Straßennamen, könnte es zum ersten Bürgerentscheid im Stadtbezirk Münster-Mitte kommen. ■

MALTA
Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße

DAS VOLLE PROGRAMM

Montag	10:00 – 16:00 Uhr	SERVICEZEIT
Dienstag	10:00 – 14:00 Uhr	SERVICEZEIT
	14:00 – 16:00 Uhr	Ideenschmiede
	16.00 – 18:00 Uhr	Computerkurs
Mittwoch	11:30 – 13:00 Uhr	Teamsitzung und -schulung
	14:00 – 16:00 Uhr	Sprachkurs
Donnerstag	10:00 – 14:00 Uhr	SERVICEZEIT (für alle)
	14:00 – 18:00 Uhr	SERVICEZEIT (nur für Frauen)
Freitag	10:30 – 12:30 Uhr	Freitagsfrühstück
	13:00 – 16:00 Uhr	offener Treff

MALTA – Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße (bahnhofsnah) sucht Unterstützer*innen, die Erwerbslosen und Geflüchteten beim Ausfüllen amtlicher Formulare, der Stellensuche u.a. hilfreich zur Seite stehen möchten.

Wir bieten ein **anerkanntes Praktikum** für Schüler*innen und Studierende der Sozialen Arbeit.

Mail: malta@maltanetz.de / Tel. MS-4140553
oder einfach mal vorbeischauen:
Achtermannstr. 10-12, im Hof des *cuba*.

Wir freuen uns auf euch!

Achtermannstr. 10-12 (Hof vom Cuba) • 48143 Münster • Tel. 0251 4140553
malta@maltanetz.de • www.maltanetz.de

Alles, was in Münster wichtig ist

Das Blättchen für öffentliche Angelegenheiten

Von Christoph Theligmann

Ausgabe 25-01 vom 2. Mai 2025

VIELFALT! Das bunte Münster

Blättchen für öffentliche Angelegenheiten

Maidemonstration in Münster

Çelik fordert „Tarifverträge für alle"

Von Werner Szybalski

Münster. „Deutlich mehr als 700 Kolleginnen auf Demo und Versammlung des DGB Münster", heute sich am 1. Mai der Mitorganisator Carsten Peters vom DGB Münster. Los ging es um 11 Uhr am Hafen. Von dort zog die offizielle Maidemo des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) durch das Hansaviertel und die Innenstadt zum Prinzipalmarkt. Weiter ging der Protestzug – unter anderem für stärkere Tarifbindung und ein lange diskutiertes Tariftreuegesetz – durch die Salzstraße, am Stadthaus 1 vorbei zur Stubengasse. Dort fand die Kundgebung statt, deren Hauptrednerin in diesem Jahr die GEW-Landesvorsitzende Ayla Çelik war. Sie eröffnete ihren Beitrag mit dem persönlichen Bekenntnis zur „starken und wehrhaften Demokratie".

Ganz zu Beginn erinnerte Çelik an „die vielen Kolleginnen und Kollegen, die heute nicht dabei sein können, weil sie auch durch ihre heutige Arbeit das Land am 1. Mai am Laufen halten" würden.

Dann wandte sich die NRW-Chefin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft den „Herausforderungen der Zeit" zu: „Der Klimawandel ist noch nicht gestoppt. Die soziale Ungleichheit in Deutschland wächst weiter. Der Mindestlohn muss so hoch sein, dass Menschen davon leben können und auch eine auskömmliche Rente gesichert werden kann. Dringend muss Deutschland den Investitionsstau überwinden."

Der Öffentliche Dienst sei die Grundlage für das soziale Miteinander in der Gesellschaft, betonte Ayla Çelik. Die Gewerkschaften würden den Öffentliche verteidigen, so wie sie auch ihre politischen Errungenschaften verteidigen würden. Beispielhaft nannte Çelik dafür den Acht-Stunden-Tag.

Vom Hafen ging es bei der diesjährigen Maidemonstration durch das Hansaviertel und die Innenstadt zum Prinzipalmarkt. Von dort erreichte der Protestzug über die Salzstraße, wo dieses Foto entstand, den Platz an der Stubengasse. Bei der dortigen Kundgebung war Ayla Çelik (kl. Bild), Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in NRW, Hauptrednerin. (Fotos: Werner Szybalski)

„Heute ist nicht nur ein Tag zum Feiern", rief sie laut in die Menge: „Heute ist auch ein Tag zum Fordern!" Dies gelte insbesondere für ein Tariftreuegesetz für Nordrhein-Westfalen. „Tarifverträge für alle", sei das gemeinsame Ziel der DGB-Gewerkschaften im Land.

Ayla Çelik erinnerte daran, dass jährlich 90.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verließen und dass 2,8 Millionen Menschen keinen Berufsabschluss besäßen würden. Dies allein fordere zum Handeln – auch die Kindergrundsicherung müsse her.

Beim traditionellen SPD-Maifest am Nachmittag des Kampftages der Arbeiterklasse an der Promenade sprachen diesmal Bundesministerin Svenja Schulze und Stephan Brinkhaus, Bezirksbürgermeister in Wesun Münsters und SPD-Kandidat für das Amt der Oberbürgermeisters in Münster.

Schon seit über zehn Jahren treffen sich nach der Maidemonstration des DGB die Mitglieder und Freund:innen des türkisch-deutschen Vereins Odak Kulturzentrum, der 1998 gegründet wurde, am Nachmittag am Aasee. Mit Bezug des eigenen Hauses Ende 2013 öffnete Odak sich zur Stadtgesellschaft.

Der revolutionäre 1. Mai in Münster findet seit vier Jahren am Berg Fidel statt. Das Vierteilfest, zu dem Besucher:innen aus der ganzen Stadt kommen, wird maßgeblich von der Stadtteilgewerkschaft „Berg Fidel solidarisch", die seit Anfang April endlich auch eigene Räumlichkeiten hat, organisiert.

Seite 1

Die Presselandschaft in Münster ist nicht sehr divers, eher monopolisiert - druckschwarz, nicht bunt. Ab Anfang Mai 2025 gibt es jetzt einmal die Woche das unabhängige Lokalmagazin „VIELFALT! Das bunte Münster" - als vierseitiges Selbstdruckerzeugnis und(!) im Netz abrufbar.

Auf der Internetseite https://münster-ist-bunt.de gibt es die hinreichenden Informationen für dieses übersichtliche, gleichzeitig vielfältige neue Medienangebot für alle am Stadtleben Münster Interessierte.

Der Name Vielfalt ist sowohl Programm als auch Methode. Inhaltlich weit gefächert, mit dem Fokus auf Münster, gibt es jeden Tag einen neuen Beitrag, auf der Webseite zugänglich gemacht.

Jeden Freitag erscheint zudem die Selfprintausgabe der VIELFALT!. Selfprint bedeutet in diesem Fall, eine DINA A4 Ausgabe wird als pdf Datei angeboten, die jedermann und jede Frau selbst am heimischen oder einem öffentlich zugänglichen Computerplatz ausdrucken kann. Wer die neuen Texte nicht versäumen will, hat die Möglichkeit sich auf Anfrage einen regelmäßig erscheinenden Newsletter zuschicken zu lassen.

Hinter VIELFALT! steht die Leidenschaft für „Öffentliche Angelegenheiten". Diese verdienen eine breite Aufmerksamkeit. Als Non-profit Medium bietet VIELFALT! auch die Möglichkeit zu spenden. Mindestens so gerne gesehen wie hoffentlich auf der anderen Seite dieser kommunizierenden Röhre das Interesse für einen Eventkalender - eine ausführliche Auflistung, wo, was und wann in Münster als Veranstaltung zeitnah ansteht.

Auch Mobilität ist ein wichtiges Thema, es verdient besondere Aufmerksamkeit. Dafür gibt es auf der Webseite einen gesonderten „Reiter", auch wenn der Fokus in modernen Zeiten und hier insbesondere auf den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), sprich Bus & Bahn liegt. Bislang gibt und gab es acht Ausgaben der Stadtbahn, das Magazin für den öffentlichen Verkehr im Münsterland. Auch diese sind ein integrierter Bestandteil des Heftchens VIELFALT!. Ebenfalls als pdf Einzelausgabe im Angebot dieses einzigartigen Blättchens für öffentliche Angelegenheiten. ■

Kurznachrichten & Urteile

Foto: Agneta Becker

Mehr Gehalt in der Baubranche

Geht oder fährt man durch die Straßen, sieht man gerade sehr viele Baustellen. Die Mitarbeiter im Baugewerbe, die tariflich gebunden sind, haben ab dem 1. April ihre Bezüge erhöht bekommen - im Osten erhalten die Mitarbeiter im Hoch-, Tief- oder Straßenbau nun fünf Prozent, im Westen 4,2 Prozent mehr Arbeitslohn. Wer in der untersten Lohngruppe beschäftigt ist, erhält bundesweit fünf Prozent mehr Geld.

Und wer in der Elektro- oder Metallindustrie beschäftigt ist, wurde ab dem 1. April um zwei Prozent höher bezahlt, ein Jahr später werden es 3,1 weitere Prozent sein.

Bahn schmeißt Tickets auf die Schiene

Oder unters Volk: Rabattaktion bei der deutschen Bundesbahn (DB). Im Laufe des Jahres geht das Unternehmen weitere Male auf Schnäppchenfahrt zum Vorteil der Kunden. Denn für Buchungen gibt es dann eine Million zusätzliche Sparpreistickets, wenn der Reiseantritt bis Dezember des Jahres erfolgt. Auf Kurzstrecken im Fernverkehr sind Fahrscheine ab 9,99 Euro im Angebot, für Bahncard Besitzer sogar ab 7,49 Euro. Dies gilt zum Beispiel für die Fernverkehrsstrecke München-Ingolstadt oder auch Stuttgart-Heidelberg. Für vergleichbare Strecken in NRW gilt natürlich das gleiche.

Foto: Agneta Becker

Die Deutsche Bahn bietet in diesem Jahr zusätzliche Sparpreistickets an

Durch die Rabattaktion soll der Regionalverkehr entlastet werden. Hintergrund ist, dass das Deutschland-Ticket nach wie vor „ein Renner“ ist, der Regionalverkehr entlastet werden soll.

Leiharbeiter-Mindestlohn

Laut einer Erhebung vom Juni vergangenen Jahres lag der Anteil aller Beschäftigten in Leiharbeit bei 1,8 Prozent, das sind 725.000 Menschen gewesen. Diese Arbeitnehmer:innen sind bei einer Zeitarbeitsfirma angestellt und werden von anderen Firmen für eine bestimmte Zeit aus-

– ANZEIGE –

geliehen. Im Oktober des letzten Jahres legte das Bundesministerium für Arbeit in einer Verordnung fest, dass der gesetzliche Mindestlohn für diese Personen steigen soll. Die Beschäftigten von ausländischen Firmen in Deutschland sind davon ebenfalls begünstigt. Seit dem Monat März ist diese Verordnung jetzt wirksam: Der gesetzliche Mindestlohn in der Zeitarbeitbranche beträgt nun 14,53 Euro. Das ist eine Erhöhung um 53 Cent.

Weniger Rente

Zum Jahresbeginn haben viele Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge erhöht. Die dort versicherten Senior:innen, die eine gesetzliche Rente bekommen, spüren die Auswirkungen dieser Erhöhung erst mit der Auszahlung im Frühjahr/ Sommer. Die Rente sinkt.

Ein Beispiel: Erhält jemand eine Bruttorente von 1.500 Euro und ist der Krankenkassen-Zusatzbeitrag um 0,8 Prozent erhöht worden, dann bekommt diese krankenversicherte Person eine um sechs Euro geminderte Rente.

Foto: Agneta Becker

Konsumklima nahezu unverändert

Auch unter der neuen Bundesregierung hat sich das Konsumklima in Deutschland kaum geändert. Das Ergebnis einer neuen Studie besagt, es verbesserten sich sowohl die Konjunktur- als auch die Einkommenserwartungen befragter Verbraucher in Maßen. Das hat das Marktforschungsunternehmen GfK und das Nürnberg Institut für Marktentscheidungen (NIM) herausgefunden.

Was hinzugekommen ist, die größere Sparneigung der Menschen in Deutschland. Der GfK-Konsumklimaindex verbesserte sich um 0,1 Zähler. Das ist aber nur eine minimale Veränderung. Mehr oder weniger drückt sich da eine Haltung aus, möglichst alles beim Alten zu belassen zu wollen.

– ANZEIGE –

Unser Begegnungszentrum in Kinderhaus

- **Begegnungszentrum** am Sprickmannplatz 7 als Treff- und Ausgangspunkt für viele Gruppen und Initiativen.
- **Jugendsalon** am Platz als offener Treffpunkt für die jungen Menschen.
- **Büro** Killingstraße 15 als Ort für Beratung, Organisation und Koordination.

Aktuell bieten wir Arbeitsgelegenheiten mit verschiedenen Einsatzmöglichkeiten im Innen- und Außenbereich an.

Ihr erster Schritt zurück in die Arbeitswelt.

Seit 2024 als sogenannter Zwei Euro Job.

Melden Sie sich gerne bei uns!

So erreichen Sie uns:
Email: stadtteillarbeit@bgz-kinderhaus.de
Telefon: 0251 390 96 96 / 0251 216 958
Persönlich: Killingstraße 15

Unser Auftritt im Internet:
www.bgz-kinderhaus.de
facebook.com/BGZSprickmann

Kurznachrichten & Urteile

Bild: Agneta Becker

Überschuss beim Inflationsausgleich

Als einer der negativen Folgen der Corona Pandemie glich die Preissteigerung den Vorteil einer Tariferhöhung aus. Mehr noch, in der Regel gab es sogar ein Minus in der inflationär bereinigten Lohnentwicklung.

Jetzt sind erstmals wieder die Verdienste der Beschäftigten stärker gestiegen als die Verbraucherpreise. Unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen stiegen die tariflichen Monatsverdienste von Millionen Beschäftigten um 4,8 Prozent im vergangenen Jahr. Die Inflation legte im Jahr 2024 um 2,2 Prozent zu. Die Umkehrung der Zahlenwerte, hier niedrigere Inflations-, dort höhere Verdienstwerte kam hauptsächlich aufgrund der Zahlungen von Inflationsausgleichszahlungen zu Stande.

Vorsorge für die Gesundheit

Die Arbeitsbedingungen, das generelle Arbeitsumfeld hat Auswirkungen auf die jeweilige Gesundheitssituation. Deshalb ist gesundheitliche Vorbeugung wichtig. Änderungen in diesem Bereich finden dauernd statt, hier eine nicht unwichtige Neuerung. Ab Beginn des 50. Lebensjahr haben Frauen nun bereits Anspruch auf zwei Darmspiegelungen im Abstand von zehn Jahren. Die bisherige Regelung sah das ab einem Alter von 55 Jahren vor.

Eine mögliche Früherkennung soll so helfen, eine Erkrankung besser und schneller zu erfassen. Bei Männern ab dem 50. Lebensjahr galt diese Regelung bereits.

Einkaufen ohne Bargeld

Immer mehr Menschen zahlen per Geldkarte und lassen ihre Geldbörse zu Hause. Immer mehr Leute tätigen ihren Einkauf an den Kassenterminals im Supermarkt oder auch an der Tankstelle bargeldlos. Apple Pay oder Google Pay sind dabei die gewohnten mobilen wallets (virtuelle Portemonnaies).

Das Bargeld wird nicht abgeschafft. Aber der bekannte Dienstleister paypal steigt nun auch in diesen Markt ein. Wer die neuste Version der paypal App auf dem Smartphone geladen hat, wird in den nächsten Wochen nur noch sein Handy benötigen, um seine Einkäufe bezahlen zu können. Das Unternehmen teilte mit, dass Deutschland weltweit das erste Land sei, wo dies möglich sein wird.

– ANZEIGE –

– ANZEIGE –

Foto: Agneta Becker

Arbeitslosengeld-Anspruch für Gefangene

Gefangene können während der Haft Anwartschaftszeiten für den Bezug von Arbeitslosengeld erwerben, wenn sie Tätigkeiten gegen Entgelt ausüben. In die Anwartschaftszeiten sind auch arbeitsfreie Brückentage, Krankheitstage oder weitere Tage ohne Arbeitsentgelt einzubeziehen.

Voraussetzung ist, dass sie innerhalb eines zusammenhängenden Arbeitsabschnitts liegen und jeweils vier Wochen nicht überschreiten. Davon ist auszugehen, wenn dem Gefangenen durch die Vollzugsbehörde eine bestimmte Beschäftigung zugewiesen ist. Endet diese, endet auch der zusammenhängende Arbeitsabschnitt.

BSG vom 17.12.2024 - B 11 AL 10/23 R / Quelle: Tacheles Rechtsprechungsticker KW 20/2025 - Autor: Detlef Brock

Reiche Kinder krass bevorzugt

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) kritisiert das System der Familienförderung in Sachen Geld in Deutschland als zutiefst sozialungerecht. Während die Spitzenverdienenden durch die Kinderfreibeträge bei der Einkommensteuer schon jetzt eine monatliche Entlastung von bis zu 370 Euro haben, beträgt das Kindergeld für alle lediglich 250 Euro. Der Staat verzichte durch diese Bevorteilung sehr wohlhabender Familien auf zusätzliche Einnahmen in Höhe von rund 3,5 Milliarden Euro pro Jahr, die für die Unterstützung bedürftiger Familien dringend nötig wären, so die AWO.

Laut einer Ende 2024 vorgestellten Studie im Auftrag der AWO beziehen etwa 4,5 Millionen Haushalte in Deutschland nur das Kindergeld. 4,2 Millionen einkommensstarke Haushalte können dagegen neben Kindergeld zusätzlich steuerliche Kinderfreibeträge geltend machen.

Die durchschnittliche zusätzliche Entlastung durch die Kinderfreibeträge bei Familien mit mittleren Einkommen liegt nur bei knapp 400 Euro im Jahr. Familien mit gehobenem Einkommen werden jedoch mit zusätzlich rund 1000 Euro gefördert. Bei den reichsten Haushalten sind es sogar 1400 Euro pro Jahr, die sie zusätzlich zum Kindergeld vom Staat erhalten.

Quelle: Verbandsnachricht A-Info Nr. 221

Keine Rückforderung bei groben Behördenfehlern

Das Bundessozialgericht verwirft die Rückforderung einer fünfstelligen Summe einer Betroffenen. Zwar hat die Betroffene nach einem Umzug und einer Heirat keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfeleistungen. Doch überweist das Amt über einen Zeitraum von mehr als vier Jahren weiter monatlich Leistungen. Das sogar, obwohl das Amt von der Betroffenen aktuelle Unterlagen anfordert, die diese aber nicht beibringt.

Die Weiterzahlung der Leistungen beruht dabei auf dem Versäumnis, einen Haken in der EDV-Anwendung zu entfernen, sowie auf fehlenden internen Kontrollmechanismen. Diese groben behördlichen Fehler hätte das Sozialamt im Rahmen des Erstattungsverfahrens berücksichtigen müssen. Auch das hat das Sozialamt jedoch versäumt. Diese Ermessensfehler allein führen nach Auffassung des BSG schon zur Rechtswidrigkeit des Erstattungsbescheides.

Bundesarbeitsgericht (BSG), vom 18.12.2024 - Az. B 8 SO 1/24 R / Quelle: Verbandsnachricht A-Info Nr. 221 ■

IMPRESSUM

SOMMER 2025

Herausgeber
AbM e. V. (**A**rbeitslose **b**rauchen **M**edien)
Berliner Platz 8 - 48143 Münster
Telefon: 0251 - 511 121
Internet: www.sperre-online.de
E-Mail: sperre@muenster.de

Redaktion
Mitra Behdadi, Peter Andres (pan), Norbert Attermeyer (noa, V.i.S.d.P.), Regina Ioffe, Jan Rinke, Hans Römer Santaella, Dirk Schwittkowski, Werner Szybalski (ws), Christoph Theligmann (ct), Arnold Voskamp (avo)

Mitarbeiter
Heinz Annas, Robert Martschinke (rma)

Gestaltung / Layout
Ulrike Goj

Fotos / Illustrationen
Agneta Becker

Online
www.sperre-online.de

Anzeigen / Spenden
Peter Andres

Bankverbindung:
Sparkasse Münsterland Ost
IBAN: DE64 4005 0150 0004 0117 97

Auflage
5.000 Exemplare

Bezug
Per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement

Verteilung
Kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.
Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung.
Leserbriefe bitte an den Herausgeber.
Wir freuen uns über jede Zuschrift. Das Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe
01.09.2025

Redaktionsschluss
31.07.2025

Anzeigenschluss
14.08.2025
(Termine unter Vorbehalt)

Mit finanzieller Unterstützung von:

STADT MÜNSTER

– ANZEIGE –

Weiterbildung macht Karriere

Weiterbildungen inkl. Führerschein

(Start alle 4-6 Wochen)

LKW-Fahrer:in (in 6 Monaten mit Klasse C/CE)
Busfahrer:in (in 5 Monaten mit Klasse D/DE)
Auslieferungsfahrer:in (in 5,5 Monaten mit Klasse B)
Persönliche Assistenz (in 7 Monaten, Teilzeit mit Klasse B)

Last-Minute Weiterbildungen (kurzfristige Starttermine)

Alltagscoach (in 5 Monaten, Teilzeit, online)
Integrationshelfer:in (in 13 Wochen, Teilzeit, online)
Profiling: als Lokführer geeignet? (5 Tage)

Online-Umschulungen ab FEBRUAR und AUGUST 2025

Kauffrau/Kaufmann Büromanagement (24 Monate)
Industriekauffrau/-mann (24 Monate)

ab SEPTEMBER 2025

Lokführer:in (12 Monate)

Kurse in Vollzeit (5 Monate) oder Teilzeit (12 oder 20 Monate)

Industriemeister:in (Logistik, Metall, Lebensmittel,...)

SBH West

Schulungsstandort Münster:
Dahlweg 112
48153 Münster
Info unter: 0251 97420922